

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 27
38. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
5. Juli 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kähler, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Köpenicker Park 2.
Telefon: Amt Spinnerei 6246.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet.
Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile.
Verbandsanzeigen 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Zum Internationalen Gewerkschaftskongress.

In Stockholm, in Schwedens Hauptstadt, werden vom 7. bis zum 11. Juli die Vertreter der Gewerkschaften aus allen Ländern zu einer Tagung versammelt sein, die für die internationale Organisation der Arbeiterschaft von außerordentlicher Bedeutung ist. Der 5. Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten und der Entgegennahme des Geschäfts- und Kassensberichts ein Wirtschaftsprogramm und ein sozialpolitisches Programm beschließen. Er wird Stellung nehmen zur Abrüstung und zum Friedenspakt und sich mit der Gewerkschaftsbewegung in den Ländern ohne Demokratie beschäftigen. Von ganz besonderer Wichtigkeit sind die alsdann vorzunehmenden Wahlen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund und die Weltmacht geworden. Wenn er auch von den Regierungen der Länder nicht ausdrücklich anerkannt ist, so läßt sich sein Wirken doch nicht übersehen, und er übt auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens einen nicht unerheblichen Einfluß aus. Noch ist zwar in dieser Hinsicht das Ziel unserer Wünsche bei weitem nicht erreicht, aber wenn man das Werden der internationalen Gewerkschaftsbewegung verfolgt, wenn man sich vergegenwärtigt, wie der Internationale Gewerkschaftsbund sich entwickelt und an Macht und Einfluß gewonnen hat, dann dürfen wir seiner weiteren Entwicklung mit freudiger Zuversicht entgegensehen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund datiert seinen Ursprung von der Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die gelegentlich des skandinavischen Arbeiterkongresses 1901 in Kopenhagen stattfand. Hier verständigte man sich dahin, eine internationale Verbindung durch Konferenzen der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen aufrechtzuerhalten, die anlässlich der gewerkschaftlichen Landeskongresse zu arrangieren sind. So kamen die Landessekretäre gelegentlich des deutschen Gewerkschaftskongresses 1902 in Stuttgart zusammen. Hier wurde beschlossen, eine internationale Zentrale einzusetzen. Als deren Sitz wurde Deutschland bestimmt, und so wurde Karl Legien der Sekretär der internationalen Gewerkschaftsbewegung, wenn auch der formelle Beschluß, der ihn mit diesem Amt betraute, erst im folgenden Jahre in Dublin gefaßt wurde. Seit dem Jahre 1903 wurden auch regelmäßige Beiträge zur Erhaltung des Sekretariats erhoben.

Im Jahre 1904 gab Legien den ersten internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1903 heraus, der allerdings noch recht unvollkommen war. Nur neun Landeszentralen hatten Berichte gesandt; die ihnen angeschlossenen Organisationen umfaßten 1.718.669 Mitglieder. Die Berichterstattung wurde mit der Zeit vollkommener und die Landesorganisationen erstarkten; für das Jahr 1912 konnte aus 19 Landesorganisationen über 7.394.461 Mitglieder berichtet werden. Auf der 8. Konferenz der Sekretäre der Landesorganisationen im Jahre 1913 in Zürich wurde das Internationale Sekretariat umgewandelt in den Internationalen Gewerkschaftsbund. Dies bedeutete aber nur eine Namensänderung, die Sache blieb die gleiche.

Der Ausbruch des Weltkrieges brachte eine jähe Unterbrechung der internationalen Zusammenarbeit. Zwar wurde noch im Jahre 1914 eine Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam errichtet, durch welche eine notdürftige Verbindung aufrechterhalten wurde, doch blieben wiederholte Versuche, eine allgemeine Konferenz abzuhalten, erfolglos. Im Jahre 1916 fand in Leeds eine Konferenz statt, auf der aber nur die Gewerkschaften der Entente-Länder vertreten waren. Dagegen waren an der im Jahre 1917 in Bern abgehaltenen Konferenz nur die Gewerkschaften aus den Ländern der Mittelmächte und der neutralen Staaten beteiligt.

Nach mehreren Vorkonferenzen fand in den Tagen vom 28. Juli bis 2. August 1919 der Kongress in Amsterdam statt, auf welchem der Internationale Gewerkschaftsbund neu konstituiert wurde. Die Atmosphäre auf diesem Kongress war noch ein wenig getrübt infolge der Gegensätze, die sich während des Krieges herausgebildet hatten. Die Verlegung des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach Amsterdam, also in ein neutrales Land, war angesichts der damaligen Situation die richtige Lösung. Aber für die gegen Deutschland herrschende Stimmung war es doch kenn-



zeichnend, daß als Vorsitzender des Bundes ein Engländer, als sein Vertreter ein Franzose gewählt wurde. Die Deutschen verzichteten dann auf einen Sitz im Bureau des Bundes. Das hinderte sie aber nicht an der sachlichen Mitarbeit, zur Lösung der Aufgaben, die sich der wiedererrichtete Bund gestellt hat.

Die Organisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde gefestigt. Sein Zentralorgan ist der nunmehr alle drei Jahre zusammentretende Kongress, der sich aus den Delegierten der angeschlossenen Landeszentralen nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl zusammensetzt. Die laufenden Arbeiten des Bundes werden nach den zurzeit geltenden Bestimmungen vom Vorstand und vom Ausschuss erledigt. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, den drei Vizevorsitzenden und drei Sekretären. Er tritt mindestens sechsmal im Jahre zu einer Sitzung zusammen. Mindestens zweimal im Jahre tritt der Ausschuss zusammen, der aus dem Vorstand und 12 weiteren Vertretern besteht, die von den in den Sitzungen genannten Ländern und Ländergruppen bestimmt werden.

Der letzte Internationale Gewerkschaftskongress hat im August 1927 in Paris getagt. Hier waren es besonders innerorganisatorische Fragen, die in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit auf sich lenkten. Die Frage, ob der Internationale Gewerkschaftsbund eine Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Landeszentralen sein soll, wie er es seither war, oder ob er sich vornehmlich auf die internationalen Berufssekretariate stützen soll, ist ziemlich leicht gelöst worden. Eine vorausgegangene Konferenz der internationalen Berufssekretäre hatte Beschlüsse gefaßt, denen der Kongress zustimmen konnte. Dadurch wird den Berufssekretariaten

ein Einfluß gesichert, ohne daß es erforderlich ist, den Zustand zu ändern, daß der Internationale Gewerkschaftsbund die Organisation der gewerkschaftlichen Landeszentralen ist.

Weniger erfreulich waren die Zustände im Bureau des Bundes, die auf dem Kongress ausführlich zur Sprache kamen. Sie führten zu dem Beschluß, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Amsterdam fortzuverlegen und sein Sekretariat anderweitig zu belegen. Die Durchführung dieser Beschlüsse wurde dem Ausschuss übertragen, der sich auch in der Zwischenzeit wiederholt mit diesen Fragen beschäftigt hat, ohne aber eine Lösung zu finden, so daß das ganze Problem noch einmal in Stockholm aufgerollt werden muß.

In den großen Fragen, die auf der Tagesordnung des Kongresses stehen, werden ernste Meinungsverschiedenheiten kaum auftreten. Es handelt sich um Fragen, in welchen die Arbeiter aller Länder grundsätzlich eines Sinnes sind, wenn auch in Einzelheiten die Ansichten über die richtige Formulierung der Gedanken auseinandergehen mögen. So ist der Entwurf für das sozialpolitische Programm erst vor kurzem Gegenstand der Beratung im Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gewesen, wo es, unbeschadet der Beanstandung in Einzelheiten, in seinen Grundzügen gebilligt wurde. Ähnlich ist es mit den anderen Problemen, die auf der Tagesordnung stehen. Es handelt sich dabei um die Ergebnisse langwieriger Beratungen in den Organen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und in den einzelnen Landeszentralen. Der Kongress wird nur noch minderwichtige Differenzen auszugleichen haben.

Auch die organisatorischen Fragen des Internationalen Gewerkschaftsbundes sind seit langem Gegenstand eifriger Besprechungen gewesen. Fest steht, daß der Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Sassenbach, zurücktritt. Er hat sich in Paris nur mit Widerstreben bewegen lassen, das Amt vorläufig zu übernehmen, wobei er wohl kaum gedacht hat, daß sich das Provisorium, zu dem er sich bereit fand, so lange hinziehen würde. Daß bei einer Wegverlegung des Bureaus von Amsterdam Berlin der gegebene Sitz wäre, unterliegt für uns in Deutschland keinem Zweifel. Dabei kommen aber doch so manche Unponderabilien in Betracht, so daß mit einer einstimmigen Wahl von Berlin kaum zu rechnen ist. Ohne daß über den Gegenstand bestimmte Bindungen vorliegen, darf angenommen werden, daß der Internationalität des Bundes in der Weise Rechnung getragen werden wird, daß der Generalsekretär nicht dem Lande entnommen wird, in welchem der Bund seinen Sitz hat, und daß ein drittes Land den Vorsitzenden stellt.

Durch die in Paris gefaßten Beschlüsse ist ein Provisorium entstanden, das nun beendet wird. Der Internationale Kongress in Stockholm wird die häuslichen Verhältnisse des Bundes regeln und der Welt aufs neue Kunde geben von der Einheit und Geschlossenheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

In jedem Lande geht die Arbeiterbewegung besondere Wege, die durch die Eigenart der Umwelt, die Entwicklungsgeschichte der Organisation und manche andere Momente bedingt sind. Aber über diese nationalen Eigenheiten hinweg umschließt uns das einigende Band der internationalen Solidarität. Der Internationale Gewerkschaftsbund ist das Sinnbild der Einheit der Arbeiterklasse, die sich über die Ländergrenzen hinweg die Hände reicht, und der Internationale Kongress ist eine große, eindrucksvolle Demonstration für die enge Verbundenheit der Arbeiter aller Länder. In diesem Sinne begrüßen wir den Kongress in Stockholm. Wir haben das Vertrauen, daß er gute Arbeit leisten wird zur Stärkung und Festigung der internationalen Arbeiterverbundenheit.

Der Internationale Gewerkschaftsbund

Der Internationale Gewerkschaftsbund veröffentlicht jetzt seine Statistik über den Stand der Gewerkschaftsbewegung am Schlusse des Jahres 1928. Diese Zahlen kommen reichlich spät, aber das ist erklärlich, wenn man die Schwierigkeiten einer solchen Statistik in Betracht zieht. Der Internationale Gewerkschaftsbund stützt sich auf die Berichte der ihm angeschlossenen Landeszentralen, die vorher das Material zusammengestellt haben, das ihnen von den einzelnen Verbänden zugeht. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die gewerkschaftliche Statistik keineswegs in allen Ländern so ausgebaut ist, wie wir es in Deutschland gewohnt sind. So erklärt es sich, daß die statistischen Veröffentlichungen des IGB, einen Zustand darstellen, der schon verhältnismäßig weit zurückliegt, und daß auch die Statistik noch mancherlei Lücken aufweist.

Dem IGB sind insgesamt 20 Landeszentralen angeschlossen. Diese Landeszentralen umfaßten Ende 1927 677 Landesverbände und 322 örtliche Organisationen; Ende 1928 waren es 694 Landesverbände und 995 örtliche Organisationen. Hierbei fehlen Angaben aus Argentinien, Griechenland, Italien und Luxemburg. Die verhältnismäßig große Zahl von örtlichen Organisationen, die den Landeszentralen direkt angeschlossen sind, erklärt sich aus der Rückständigkeit der Bewegung in den betreffenden Ländern. Bei fortschreitender Organisation erfolgt der Zusammenschluß der örtlichen Fachvereine zu zentralen Landesorganisationen. Diese Regel hat allerdings auch Ausnahmen. So sind in Großbritannien neben 173 Landesverbänden auch 29 örtliche Organisationen angeschlossen, in Kanada neben 58 Landesverbänden 80 örtliche, die Tschechoslowakei verzeichnet 45 Landes- und 26 örtliche Organisationen. Am stärksten überwiegt die örtliche Organisation in Spanien, wo der Landeszentrale nur 13 Zentralverbände, aber 703 Ortsverbände angeschlossen sind. In Belgien, Deutschland, Frankreich, Jugoslawien, Niederlande, Schweden, Schweiz und Ungarn sind nur Zentralverbände der Landesorganisation angeschlossen.

In der nachstehenden Tabelle geben wir eine Übersicht über die Mitgliederzahlen in den einzelnen Ländern, je nach dem Stande vom Beginn der Jahre 1928 und 1929:

Land	Einwohnerzahl in Millionen	Mitgliederzahl		Gewerkschaftsmitglieder auf 10 000 Einw.
		1. Januar 1928	1. Januar 1929	
Argentinien	10,0	82 574	82 000	82
Belgien	7,7	530 575	518 658	674
Bulgarien	4,8	2 485	2 450	5
Dänemark	3,5	156 425	155 978	446
Deutschland IGB	64,3	4 415 689	4 868 926	822
IFA-Bund		394 801	421 106	
Estland	1,2	5 071	5 506	46
Frankreich	40,0	605 250	640 790	160
Griechenland	5,0	-	52 775	106
Großbritannien	45,0	3 874 842	3 673 144	816
Italien	40,0	-	-	-
Jugoslawien	12,0	33 217	36 044	30
Kanada	10,0	140 195	143 582	144
Letland	1,8	18 732	21 888	122
Litauen	2,2	18 486	-	-
Luxemburg	0,26	14 179	15 377	591
Memelgebiet	0,15	1 024	1 064	71
Niederlande	7,5	202 696	220 545	294
Osterreich	6,8	772 728	766 168	1161
Polen	27,0	271 581	272 317	101
Rumänien	17,5	26 783	41 421	24
Schweden	6,1	437 974	469 409	770
Schweiz	4,0	165 692	176 438	441
Spanien	22,0	221 000	221 000	100
Süd-Afrika	7,0	60 660	8 212	12
Südwest-Afrika	1,0	600	600	6
Tschechoslowakei	14,0	541 637	557 191	398
Ungarn	8,0	127 422	124 378	155
Zusammen		13 144 225	13 516 269	

Aus Italien und aus Litauen liegen Angaben nicht vor. In den übrigen Ländern ist im Laufe des Jahres 1928 die Zahl der Mitglieder von 13 144 225 auf 13 516 269 gekiegen, das ist eine Zunahme um 372044 oder 2,8 Prozent. Die Zahl der in der Gesamtsumme enthaltenen weiblichen Mitglieder ist von 1 687 251 auf 1 822 533 gestiegen. Im Jahre 1927 waren 14,3 im Jahre 1928 15,1 Prozent der Mitglieder weiblichen Geschlechts. In Deutschland hatte der IGB 15,8, der IFA-Bund 22 Prozent weiblicher Mitglieder. Stärker ist der Anteil der weiblichen Mitglieder in Letland, wo er 24,2 Prozent beträgt, in Dänemark mit 25,3 Prozent und im Memelgebiet, wo er 26,4 Prozent der Gesamtmitgliedschaft ausmacht. Am geringsten ist der Anteil der weiblichen Mitglieder in den Niederlanden, wo er nur 6,4 Prozent beträgt.

In Grunde liegt die absolute Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in den einzelnen Ländern, wie wir sie den Veröffentlichungen des IGB entnehmen, nicht viel. Interessanter ist es uns, diese Zahlen in Beziehung zu bringen zu den Einwohnerzahlen des einzelnen Landes. Da der IGB solche Untersuchungen nicht anstellt, haben wir zu dem Zwecke die Einwohnerzahlen hinzugefügt. Diese Angaben sind nicht überall genau, da uns die neuesten Zahlen nicht aus allen Ländern zur Verfügung standen, doch reicht das Material für diesen Zweck aus. In der letzten Spalte unserer Tabelle ist berechnet, wieviel Gewerkschaftsmitglieder auf je 10 000 Einwohner eines jeden Landes entfallen. Hierbei ergibt sich, daß die Arbeiterchaft am weitesten fortgeschritten ist, hier kommen auf je 10 000 Einwohner 1161 Gewerkschaftsmitglieder. Dann

folgt Deutschland mit 822 und Großbritannien mit 816. In einigem Abstand folgt Schweden mit 770 und Belgien mit 674 Mitgliedern auf 10 000 Einwohnern. Bei dem Vergleich dieser Zahlen muß man allerdings auch die wirtschaftliche Struktur in den einzelnen Ländern in Betracht ziehen. Im allgemeinen kann als Regel gelten, daß mit der fortschreitenden industriellen Entwicklung auch der Boden für die gewerkschaftliche Organisation gebnet wird.

Diese Statistik bezieht sich auf, die dem IGB angeschlossenen Landesorganisationen. Es gibt daneben aber auch noch in verschiedenen Ländern Organisationen, die obwohl auf freigewerkschaftlichem Boden stehend, doch dem IGB aus irgendwelchen Gründen nicht angeschlossen sind. Die Statistik des IGB weist für das Jahr 1927 19 377 448 freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter auf, eine Zahl, die im Jahre 1928 auf 19 862 307 stieg. Daneben gibt es eine kommunistische Gewerkschaftsbewegung, die mit ziemlich hohen Zahlen rechnet, welche jedoch einer näheren Nachprüfung taum standhalten. Nach den eigenen Angaben ist die Zahl der angeschlossenen Mitglieder im Jahre 1928 von 13 670 482 auf 11 706 906 zurückgegangen. Die konfessionellen Gewerkschaften haben gleichfalls einen Rückgang zu verzeichnen von 2 140 069 auf 2 120 562 Mitglieder. Eine Zunahme von 285 500 auf 323 643 Mitglieder haben die syndikalistischen Gewerkschaften zu verzeichnen. Außerdem gibt es noch Gewerkschaften, die keiner dieser vier Hauptrichtungen zugehört werden können. Deren Mitgliederzahl ging im Jahre 1928 von 10 704 501 auf 10 177 107 zurück. Insgesamt gab es am Schlusse des Jahres 1928 44 190 525 Gewerkschaftsmitglieder in 78 Ländern, von denen 45 Prozent auf die freigewerkschaftliche Richtung entfallen.

Die internationalen Berufssekretariate

Der Internationale Gewerkschaftsbund ist die Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Landeszentralen. Etwa um die gleiche Zeit, als die ersten internationalen Beziehungen zwischen den Sekretären der Landeszentralen angeknüpft wurden, begann man auch, zunächst nur in einzelnen Berufsn, eine Verbindung zwischen den Berufsverbänden der verschiedenen Länder anzuknüpfen. Auch hier erstarrte die Verbindung nur allmählich, sie ist aber doch so kräftig geworden, daß in der gärenden Zeit nach dem Kriege der Gedanke ernstlich erwogen wurde, die internationalen Berufssekretariate zu Trägern des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu machen. Dieser Plan ist dann fallengelassen worden, aber die internationalen Berufssekretariate haben ihre organisatorische Spitze ebenso wie die Landeszentralen im Internationalen Gewerkschaftsbund. Dessen Statistik erstreckt sich somit auch auf die internationalen Berufssekretariate.

Aus der nachfolgenden Übersicht ergibt sich, daß insgesamt 27 Berufssekretariate existieren. In dieser Hinsicht ist im Jahre 1928 eine Änderung nicht eingetreten.

Internationale Berufssekretariate	1. Januar 1928		1. Januar 1929	
	Mitglieder	Zahl der angeschlossenen Länder Organisationen	Mitglieder	Zahl der angeschlossenen Länder Organisationen
Bauarbeiter	844 714	20	958 141	19
Bekleidungsarbeiter	302 771	18	293 906	18
Bergarbeiter	1 652 748	17	1 540 425	17
Buchbinder	82 979	15	90 007	15
Buchdrucker	183 314	22	188 487	22
Diamantarbeiter	22 830	7	23 891	7
Fabrikarbeiter	605 946	14	553 810	14
Friseurgehilfen	9 189	9	9 572	9
Glasarbeiter	89 843	11	98 676	12
Holzarbeiter	1 062 067	25	1 018 783	25
Hotelfangestellte	66 664	15	73 777	17
Hutarbeiter	37 273	10	35 851	11
Kantarbeiter	152 192	6	141 789	6
Landarbeiter	371 631	14	297 845	12
Lebensmittelarbeiter	778 409	19	812 563	20
Lebendarbeiter	306 157	15	313 529	16
Lehrer	80 964	5	98 601	6
Lithographen	49 247	20	51 303	19
Maler	237 104	12	241 484	12
Metallarbeiter	1 835 541	19	1 732 817	19
Öffentliche Dienste	523 975	15	512 436	14
Post u. Telegraphie	383 205	21	440 722	22
Privatangestellte	706 808	19	750 579	20
Steinarbeiter	112 257	12	117 815	11
Talarbeiter	119 804	12	126 601	12
Textilarbeiter	960 901	11	996 356	11
Transportarbeiter	2 084 168	33	2 190 145	32
Zusammen	13 657 681	596	13 709 861	603

Die den Berufssekretariaten angeschlossenen Verbände hatten zu Beginn des Jahres 1928 13 657 681 Mitglieder, Anfang 1929 waren es 13 709 861. Es ist also eine kleine Steigerung eingetreten. Nur wenige Sekretariate hatten einen Verlust. Die größte Einbuße erlitten die Landarbeiter, die 19,9 Prozent der Mitglieder verloren. Die meisten Berufssekretariate erlitten einen Mitgliedererwerb, der verhältnismäßig am stärksten mit 21,8 Prozent bei den Lehrern war.

Die Gesamtmitgliederzahl stimmt mit der aus der Statistik der Landeszentralen nicht überein. Das kommt daher, daß manche Berufsverbände der Internationale angeschlossen sind, während die Landeszentrale dem IGB noch nicht beigetreten ist. Das trifft zum Beispiel bei den Holzarbeitern bezüglich der amerikanischen Organisation zu, die der Internationalen Union der Holzarbeiter angeschlossen ist, während der Amerikanische Gewerkschaftsbund dem IGB nicht angehört. Es gibt aber auch Fälle, die umgekehrt liegen.

Die Zahl der Länder und Organisationen, auf die sich die Berufssekretariate erstrecken, ist sehr unterschiedlich. Am weitesten ausgebaut ist die Internationale der Transportarbeiter, die 81 Organisationen in 32 Ländern umfaßt; sie umschließt 2 190 145 Mitglieder. Hinsichtlich der Zahl der Länder und der Organisationen steht ihr die Internationale der Holzarbeiter mit 25 Ländern und 48 Organisationen am nächsten. In Bezug auf Mitgliederzahl steht die Internationale Union der Holzarbeiter aber erst an vierter Stelle. Sie umfaßt 1 018 783 Mitglieder. Vor ihr rangieren nach den Transportarbeitern die Metallarbeiter mit 1 732 817 und die Bergarbeiter mit 1 540 425 Mitgliedern.

Wie die internationale Gewerkschaftsbewegung überhaupt, so sind auch die internationalen Berufssekretariate noch in der Entwicklung begriffen. Das Ziel der engen organisatorischen Einheit kann nur langsam und allmählich erreicht werden. Der Ausbau und die Kräftigung der internationalen Organisationen führen zur Vervollkommenung und Ausgestaltung der internationalen Verbindungen.

Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen

Der Vorstand des IGB veröffentlicht eine ausführliche Darstellung über die Verhandlungen, die zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und der Gewerkschaften geführt wurden, aber schließlich ergebnislos abgebrochen werden mußten. Von diesen Vorgängen hat Kollege Tarnow in der Sitzung unseres Verbandsbeirats Mitteilungen gemacht, worüber wir an anderer Stelle dieser Nummer berichten.

Die Darstellung des Bundesvorstandes bestätigt, daß sich nach der gemeinsamen Ausschussung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sichtbar der Einfluß der Schwerindustrie auf die Verhandlungsführer der Unternehmer geltend machte. Nunmehr wurden Lohn- und Gehaltsabbau und Arbeiter- und Beamtenentlassungen im großen Stil als die Voraussetzung für einen Abbau der Preise erklärt, Maßnahmen, deren Durchführung erst gestrichelt sein müßten, ehe die für die Produktion und Warenverteilung verantwortlichen Organe an die Preisentung herangehen könnten. Gleichzeitig wurde in vorsichtigen Formulierungen die in den Programmen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geforderte Anpassung der öffentlichen Lasten an die innere deutsche Finanzkraft, das heißt ein Abbau der Leistungen der Sozialversicherung und eine Einschränkung ihrer Verwaltungskosten, in das neuformulierte Programm eingebaut. Ein Rotopfer der noch in den Betrieben tätigen Arbeiter und Angestellten in Form von abgebauten Löhnen und Gehältern, ein Rotopfer der Arbeitslosen, in Form von abgebauten Leistungen der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung sollte hierdurch die Vorbedingung dafür sein, daß auch die vor der Arbeitslosigkeit nicht ersparten Berufsschichten zu außerordentlichen gebliebenen Leistungen herangezogen werden.

Die Verhandlungsbasis war damit völlig verschoben, und nur der außerordentliche Ernst der Arbeitsmarktlage veranlaßte die Vertreter der freien Gewerkschaften, sich noch an den weiteren Verhandlungen zu beteiligen. In einer gemeinsamen mit den Spitzenorganisationen der christlichen und bürgerlichen Gewerkschaften formulierten Entschließung faßten sie daher noch einmal die von ihnen vertretene, in klarem Gegensatz zu den Anschauungen der Unternehmer stehende Ansicht über die außerordentlichen Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zusammen.

Der natürliche Gegensatz der Anschauungen, der sich im Verlaufe des Juni bei den Beratungen immer mehr vertiefte, wurde wesentlich verschärft durch eine Reihe von Ereignissen, die klar zeigten, daß die an den Verhandlungen beteiligten Vertreter der Unternehmer nicht genügend Einfluß auf die praktischen Maßnahmen der Schwerindustrie und auf das Vorgehen ihrer politischen Vertretung der Deutschen Volkspartei, hatten. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben dementsprechend die Konsequenzen gezogen und betrachten diese Verhandlungen als beendet.

In der letzten Besprechung, die am 24. Juni im Reichstag stattfand, gaben die Vertreter des IGB, folgende Erklärung ab:

„Die Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und der Gewerkschaften sind ausgegangen von dem Gedanken, für die Erwerbslosen in Gestalt einer Sonderzulage an die Arbeitslosenversicherung Hilfe zu bringen. Diesen Gedanken haben wir lebhaft begrüßt.“

Ferner sollte in gemeinsamer Aussprache geprüft werden, welche Ursachen der Arbeitslosigkeit zugrunde liegen, und es sollte versucht werden, Wege zu finden, die aus der Wirtschaftskrise herausführen. Die Senkung der Selbstkosten der Produktion sollte hierbei im Vordergrund der Beratungen stehen.

Ves weiteren sollte die Senkung der Ausgaben der Haushalte von Reich und Ländern und damit die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten besprochen werden.

Wir erklärten uns bereit, an der Senkung der Selbstkosten der Produktion mitzuarbeiten unter der Voraussetzung, daß die Preise gesenkt, die überhöhten Gewinne vermindert und die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht geschmälert werden, sondern in der Folge erhöht wird.

Dieser ursprüngliche Plan wurde jedoch illusorisch gemacht durch die Entschaltung der Konferenz des Unternehmertums vom 3. Juni, die zu einer neuen Formulierung des Standpunktes des Unternehmertums führte. Diese neuformulierte Erklärung bedeutete eine Verschiebung der Verhandlungsbasis und wurde dadurch für die Gewerkschaftsvertreter unannehmbar.

Aber auch eine von den Gewerkschaften als gemeinsame Erklärung vorgeschlagene neue Formulierung wurde von den Unternehmervertretern als unannehmbar bezeichnet. Einer gemeinsamen Erklärung war dadurch der Boden entzogen,

Ein Versuch der Weiterverhandlung über einzelne Fragen wäre vielleicht nicht ohne Erfolg gewesen, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die von der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gebracht und als deren Ergebnisse gewertet wurden; als erstes die Verbindliche Erklärung des Schiedsrichters von Deynhause, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaus in der Schwerindustrie machte, ferner die Anträge der politischen Vertretung des Unternehmertums im Reichstage, der Deutschen Volkspartei, die auf einen Lohnabbau hinstreben. Nicht minder muß es in höchstem Grade befremden, daß der Vorsitzende des Ausschusses der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Herr v. Siemens, ungeachtet der Verhandlungen der Spitzenverbände sich in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt hat, in dem unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn und zweideutig ein Lohn- und Gehaltsabbau gefordert wird, um Tarifserhöhungen zu vermeiden. Wenn einflußreiche Unternehmervertreter für ein öffentliches Unternehmen im Augenblick der Verhandlungen der Spitzenverbände solche Vorschläge machen, so sind damit die Aussichten auf erfolgreiche Weiterverhandlungen unmöglich. Die Massenklindigungen in der nordwestlichen Gruppe deuten gleichfalls darauf hin, daß mit einer dem Wohle von Volk und Wirtschaft dienenden Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerechnet werden könne. Dazu kommt noch die Nachricht, daß die Firma Krupp in Essen trotz des Deynhäuser Schiedspruchs, den Antrag auf Entlassung von 7 Prozent ihrer Belegschaft stellt, also trotz Lohn- und Preisabbau die Arbeitslosigkeit noch erheblich vermehren will.

Zudem haben die alarmierenden Mitteilungen der Presse, die den Zweck der gemeinsamen Verhandlungen häufig völlig entstellten, eine Atmosphäre geschaffen, die statt Vertrauen in der breiten Öffentlichkeit Mißtrauen hervorriefen.

Wir halten es daher nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, weil die psychologischen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben sind.

Die Vertreter der Unternehmer konnten sich dem Eindruck der Schwierigkeiten, die den weiteren Verhandlungen entgegenstehen, nicht entziehen, waren aber der Meinung, daß es zweckmäßig sei, an anderer Stelle die Fragen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit weiter zu besprechen. Man einigte sich schließlich auf folgenden Weg:

Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Fragen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet.

Ein Ausweg.

Während die als Retter des Vaterlandes begrüßte Regierung Brüning verzweifelte, aber bisher vergebliche Anstrengungen macht, der Finanznöte Herr zu werden, die hauptsächlich durch die Wirtschaftskrise verursacht sind, hat sich die in die Opposition gedrängte sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit den Problemen beschäftigt. Sie hat Richtlinien entworfen, die einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zeigen.

In diesen Richtlinien selbst wird zunächst darauf hingewiesen, daß die unsozialen gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung Brüning die Finanz- und Wirtschaftsnöte nicht zu beseitigen vermocht haben. Dann heißt es weiter:

„Eine Senkung des Einkommens der unteren Angestellten und Beamten kann die Wirtschaft nicht beleben, sondern muß die Krise verschärfen. Die gegenwärtige Wirtschaftslage fordert einen allgemeinen Abbau der Preise durch Anwendung der Kartellverordnung und die Pflicht sofortiger Herabsetzung derjenigen Zölle, die lediglich der Hochhaltung der Inlandpreise dienen. Ebenso sind die Preise für Rohstoffe und Fertigerzeugnisse zu senken. Dabei hat der Abbau der Preise für Baustoffe eine besonders große Bedeutung. Zugleich muß jedoch durch den Abbau der hohen Zwischenhandelsgewinne, durch Beseitigung der Ausnahmesteuern auf große Ladengeschäfte, insbesondere der Konsumvereine, auch der Abbau der Preise im Kleinverkauf gesichert werden.“

Die wichtigste Aufgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit. Deshalb ist die sofortige Ratifikation der vorbereiteten Handelsverträge und des Genfer Abkommens über den Zollfrieden notwendig. Der Diskontsatz der Reichsbank ist zu senken und damit auch auf Ermäßigung der Zinsen für langfristige Kredite hinzuwirken. Die produktive Erwerbslosensfürsorge und der Kleinwohnungsbau sind durch Veranziehung von Auslandanleihen und Umwandlung der kurzfristigen Gemeindefschulden in langfristige zu erweitern. Der Kleinwohnungsbau ist zu fördern durch Bereitstellung größerer Mittel aus der Hauszinssteuer. Alle Finanzierungs-möglichkeiten für den Straßenbau sind auszunutzen, die Post- und Fernsprechanlagen beschleunigt den Bedürfnissen entsprechend zu modernisieren, die Eisenbahnanlagen zu erneuern und die Eisenbahnen und Wegenecke auszubauen.

Die große Arbeitslosigkeit macht die beschleunigte Verabschiedung des Arbeitschutzgesetzes unter Sicherung des Achtstundentages und stärkster Einschränkung der Überstundenarbeit erforderlich. Darüber hinaus ist angesichts der fortgeschrittenen Rationalisierung eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch internationale Vereinbarungen anzustreben.

Im folgenden Absatz wird auf die Pflicht zu äußerster Sparsamkeit zur Überwindung der Finanznot hingewiesen

und zugleich gezeigt, wo gespart werden kann. Nicht bei den sozialen Verpflichtungen des Reichs, sondern: Vor allem müssen die Ausgaben für militärische Zwecke erheblich gesenkt werden, ebenso diejenigen für den auswärtigen Dienst, für hohe Pensionen und Gehälter, und andere persönliche und sachliche Zwecke, die mit dem

Den Alten zur Ehr'




Fritz Puder.
Kollege Puder ist seit 1892 Verbandsmitglied. 20 Jahre lang war er Vorsitzender der Verwaltungsstelle Guben. Daneben war er als Unterfasser tätig, und dieses Amt bekleidet der heute Sechzigjährige seit 1904 bis auf den heutigen Tag, also 28 Jahre.

Johannes Schubert.
Kollege Schubert ist Mitglied der Verwaltungsstelle Zößnitz im Erzgebirge. Hier war er jahrelang Leiter der eilfertigsten Funktionäre. Seit einigen Jahren gehört er zur Verwaltungsstelle Walthersdorf (Erzgeb.). Auch hier ist er stets auf dem Posten.

Den Jungen zur Lehr'

Ernst der Wirtschafts- und Finanzlage nicht im Einklang stehen. Auf Ruhegehälter und Wartegelder ist das sonstige Einkommen bei Überschreitung einer bestimmten Freigrenze einzurechnen. Wartegeldempfänger sind unter Gewährung der früheren Bezüge zur Übernahme von Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu verpflichten. Durch alle diese Maßnahmen lassen sich erhebliche Teile des Fehlbetrages decken. Daneben sind einige größere Ausgabenposten entweder zeitlich zu verschieben oder vorübergehend durch Überweisung von Schuldtiteln auszugleichen.“

Die trotz der Sparmaßnahmen erforderlichen neuen Einnahmen sind „durch einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer auf die hohen Einkommen zu beschaffen, dessen Höhe auf 10 Prozent festzusetzen ist. Nur wenn durch diese Zuschläge zur Einkommensteuer die zur Sanierung der öffentlichen Finanzen und zur Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Leistung notwendigen Mittel nicht voll aufgebracht werden können, ist daneben eine Heranziehung derjenigen Volksschichten nicht zu vermeiden, die der Gefahr der Erwerbslosigkeit nicht ausgesetzt sind. Selbstverständliche Voraussetzung ist jedoch, daß diese Abgabe zeitlich befristet wird, daß die kleinen Einkommen davon befreit werden und daß sie sozialen Erwägungen Rechnung trägt.“

Der folgende Abschnitt beschäftigt sich mit den Gemeindefinanz: „Um den Zusammenbruch der Gemeindefinanz durch die noch immer wachsenden Wohlfahrtsausgaben zu verhindern, muß den Gemeinden die Ausgaben für die Krisenfürsorge abgenommen werden. Um zu vermeiden, daß wirtschaftsschädliche Steuerquellen erneut angeschnitten werden, ist eine nach der Ausstattung der Gaststätten zu stufende Schankverzehrssteuer einzuführen. Die als Bürgergabe bezeichnete Kopfsteuer ist abzulehnen. Die Gehaltsordnungen der Länder, Gemeinden, Körperschaften des öffentlichen Rechts dürfen die Gehaltsätze der Reichsbesoldungsordnung nicht übersteigen.“

Die Richtlinien schließen mit der Feststellung: „Die Steuer- und Wirtschaftspolitik des Reichs muß dem doppelten Zweck dienen, die Finanzen durch Sparsamkeit und gerechte Verteilung der unvermeidlichen Lasten in Ordnung zu bringen und die Wirtschaftskrise zu überwinden, was nur unter Aufrechterhaltung der Lebenshaltung und der Konsumkraft der breiten Massen möglich ist. Eine Politik, die gegen diese Gesichtspunkte verstößt, wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf das entschiedenste bekämpfen.“

Wer diese Richtlinien aufmerksam liest, wird feststellen müssen, daß sie in der Tat nichts spezifisch Sozialistisches enthalten. Ihnen kann jeder zustimmen, der eine Gesundung unserer Wirtschaft anstrebt und sich bei den zu ergreifenden Maßnahmen von dem Grundsatz leiten lassen will, daß der Schutz der Schwachen oberstes Gesetz sein muß. Die derzeitigen Machthaber im Reich führen zwar das Wort vom Schutz der Schwachen gern im Munde, in Wirklichkeit aber wollen sie die jetzigen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten benutzen, um ihre reaktionären Pläne durchzusetzen. Sie wollen die Löhne abbauen, die Arbeitslosenversicherung und die Sozialfürsorge aushöheln. Die Richtlinien sind ein Prüfstein für das soziale Empfinden der bürgerlichen Parteien. Wir fürchten aber, daß sie diese Probe nicht bestehen werden.

Die Wahlen in Sachsen.

Der Ausfall der Wahlen zum sächsischen Landtag am 22. Juni haben mit Recht im ganzen Reich lebhaftes Interesse geweckt. Der sächsische Landtag hat seine Auflösung beschlossen, weil er nicht imstande war, eine lebensfähige Regierung zu bilden. Zahlenmäßig wäre wohl eine Regierung der Großen Koalition (Sozialdemokraten, Volkspartei, Demokraten) möglich gewesen, aber die Bildung einer solchen Regierung scheiterte an dem Widerstand der Volkspartei. Deren Ideal, und darin stimmt sie mit den übrigen bürgerlichen Parteien überein, ist die Niederringung der „Margisten“.

Der Wahltag brachte den bürgerlichen Parteien eine böse Schlappe. Unbestrittener Sieger im Wahlkampf wurde das ungeratene Kind des „Antimargismus“, die Nationalsozialisten. Der neue Landtag setzt sich zusammen aus 32 (bisher 33) Sozialdemokraten, 8 (13) Volksparteilern, 13 (12) Kommunisten, 10 (11) Wirtschaftsparteilern, 5 (8) Deutschnationalen, 5 (5) Sächsisches Landvolk, 14 (5) Nationalsozialisten, 3 (4) Demokraten, 2 (3) Volksrechtsparteilern, 0 (2) Alte Sozialdemokratie, 2 (0) Volksnationale Reichsvereinerung und 2 (0) Christlich-Sozialen Volksparteilern.

Die Bildung einer parlamentarischen Regierung ist im neuen Landtag noch viel schwieriger als es im alten Landtag der Fall war. Eine „antimargistische“ Regierung ist nur möglich, wenn sich alle bürgerlichen Parteien unter die Führung der Nationalsozialisten begeben, wobei dann deren Stellung noch weit stärker wäre als die ihrer Parteifreunde in Thüringen. Eine solche Lösung ist immerhin denkbar, sie würde freilich dazu beitragen, den Verfall der alten bürgerlichen Parteien zu beschleunigen.

Wenn man auch mit einem Gewinn der Nationalsozialisten rechnen mußte, so hat doch das Ausmaß ihres Sieges überrascht. Der Erfolg der Falckenkreuzler ist ein Zeugnis für den Tiefstand der politischen Bildung in Deutschland. Die Nationalsozialisten sind weder national noch sind sie Sozialisten. Sie haben überhaupt kein positives politisches Programm. Sie hassen die deutsche Republik und möchten an die Stelle der demokratischen Verfassung eine faschistische Diktatur errichten. Ihr Sozialismus ist der des dummen Kerls, nämlich der Antisemitismus. „Juden und Margisten“ sind an allem Abel schuld. Wenn man diese Leute totschlägt, dann führt Adolf Hitler das deutsche Volk herrlichen Tagen entgegen. So primitiv wie diese Gedankengänge sind die Agitationsmethoden der Falckenkreuzler. Sie appellieren an die rohe Gewalt. Schlagring, Dolch, Schießseifen und ähnliche Dinge sind ihre Argumente. In der Hinsicht haben sie starke Berührungspunkte mit den Kommunisten.

Der Mangel an Geist, der die nationalsozialistische Bewegung beherrscht, ist ihre Stärke; auch darin stimmen sie mit den Kommunisten überein. Die schwere Wirtschaftsnöte liefert beiden Parteien den Agitationsstoff. Diejenigen, die sich um die Behebung dieser Nöte bemühen, werden als die Schuldigen denunziert, die die Nöte verursacht haben. Die denkfaule Masse folgt gern dem Rat der Führer mit Rohheitsausbrüchen und Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende die Ausdrucksformen der Wirtschaftskrise zu bekämpfen. Dabei hängt es oft nur vom Zufall ab, ob der einzelne ganz rechts oder ganz links Anschluß findet. Recht häufig findet auch ein Hinüberwechseln von der einen zur anderen Seite statt, denn Gelegenheit zur Befriedigung des Nabaubedürfnisses findet sich auf beiden Seiten.

Die Wirtschaftsnöte sind die Voraussetzung für die Existenz und das Erstarken der Extremisten rechts und links. Das beste Mittel, die Bewegung zu bekämpfen, die das Bürgertum in Angst und Schrecken versetzt, ist der Kampf gegen die Wirtschaftskrise, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Graufige Zahlen.

Im Zusammenhang mit der Personenstandserhebung im Jahre 1925 ist eine Zählung der Gebrechlichen durchgeführt worden. Ermittelt wurden dabei 677 808 Personen mit körperlichen oder geistigen Gebrechen. Wobei jedoch zu beachten ist, daß sich diese Zahl auf das Reich ohne Württemberg bezieht, da von dort die Ergebnisse der Erhebung noch nicht vorliegen. Ferner fehlt das Saargebiet, wo die Zählung infolge der fremden Besetzung nicht durchgeführt werden konnte. Von den 677 808 Gebrechlichen waren 430 639 männlichen und 247 169 weiblichen Geschlechts. Auf je 10 000 Einwohner kamen 113,3, auf je 10 000 der männlichen Bevölkerung 148,7 und auf je 10 000 der weiblichen Bevölkerung 80,0 Gebrechliche. Von den Gebrechlichen waren:

	Männlich	Weiblich	Zusammen
Blinde	18 242	13 313	31 555
Taubstumme oder Ertaubte ..	22 393	20 252	42 642
Körperlich Gebrechliche ..	292 125	117 083	409 208
Geistig Gebrechliche	110 316	107 072	217 388

Auf je 10 000 Einwohner entfielen:

Blinde	6,3	4,3	5,3
Taubstumme oder Ertaubte ..	7,7	6,6	7,1
Körperlich Gebrechliche ..	100,9	37,9	68,4
Geistig Gebrechliche	38,1	34,7	36,3

In vorstehender Zusammenstellung sind die mehrfach Gebrechlichen bei jedem ihrer Gebrechen gezählt, die Addition ergibt mithin eine höhere Gesamtzahl als oben angegeben wurde. Das starke Überwiegen der blinden und vor allem der körperlich gebrechlichen Männer über die Frauen ist auf die erhöhte Gefährdung durch Berufstätigkeit, besonders aber auf die zahlreichen Kriegsoffer zurückzuführen. Den Kriegen verdanken wir 2411 Blinde, 833 Taubstumme und Ertaubte, 132 939 körperlich Gebrechliche und 6303 geistig Gebrechliche. — Graufige Zahlen!



Aus dem Verbandsleben



Sagung des Verbandsbeirats.

Am 22. Juni trat der Beirat unseres Verbandes zu seiner fälligen Sitzung in Berlin zusammen. Es ist naheliegend, daß die Kündigung des Lohnabkommens durch den Vorstand des Arbeitgeberverbandes im Vordergrund des Interesses stand. Aber Zweck und Ziel dieser Kündigung besteht natürlich bei unseren Kollegen kein Zweifel, und ebenso bedarf es keiner Diskussion, um zu einer einheitlichen Stellung gegenüber den zu erwartenden Forderungen der Unternehmer zu kommen, aber durch die Kündigung werden einige interessante Probleme aufgeworfen.

Die Formen, in denen sich die Verhandlungen über die Erneuerung der Lohnabkommen abspielen, sind im Mantelvertrag genau umschrieben, dennoch ist das Auftauchen formaler Schwierigkeiten nicht unwahrscheinlich. So sind einige Bezirksverbände seit dem letzten Abschluß aus dem Arbeitgeberverband ausgeschieden, andererseits erheben Unternehmerorganisationen, die nur durch die allgemeine Verbindlichkeit dem Mantelvertrag und den Lohnabkommen unterstellt sind, den Anspruch, als selbständige Vertragspartei bei den bevorstehenden Vertragsverhandlungen mitzuwirken. Im Augenblick ist das Feld noch nicht zu übersehen, förmliche Anträge sind noch nicht gestellt. Aber es muß damit gerechnet werden, daß vor dem eigentlichen Streit über die Höhe der Vertragslöhne noch knifflige Fragen des Tarifvertragsrechts auftauchen und gelöst werden müssen.

Mit konkreten Dingen, die eine positive Stellungnahme erheischen, konnte sich der Beirat schon deshalb nicht beschäftigen, weil bestimmte Anträge von der Gegenseite noch nicht vorliegen. Immerhin wurden die tatsächlichen Probleme erörtert, und es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die bewährte Verhandlungskommission das Vertrauen des Verbandes genießt. Wenn sich die Notwendigkeit herausstellen sollte, wird der Vorstand den Beirat zu einer neuen Sitzung einberufen.

In engem Zusammenhang mit den unseren Verband unmittelbar berührenden Fragen stehen die Verhandlungen, die zwischen den Spitzenverbänden der Gewerkschaften und der Unternehmerorganisationen geführt wurden mit dem Ziele der Anturbelung der Wirtschaft. Über den Inhalt dieser Verhandlungen ist öffentlich wenig Botes bekannt geworden; statt dessen hat sich in den Presseerörterungen ein reicher Sagenkranz um diese Verhandlungen gesponnen. Man hat, je nach der Einstellung der Presseorgane, gelesen von einer Erneuerung der Arbeitsgemeinschaft, von Verhandlungen, die die Gewerkschaftsführer mit den Unternehmerorganisationen über den Abbau der Löhne führen, und ähnliches mehr. Solche Nachrichten, die zum Teil auf Vermutungen, zum Teil auf absichtliche Verdrehung der Tatsachen beruhen, haben in den Kreisen der Arbeiterschaft starken Unmut ausgelöst. Ein Niederschlag dieser Stimmung kam auch in verschiedenen Reden im Beirat zum Ausdruck.

Es war daher nützlich, daß Kollege Tarnow, der zwar an den Verhandlungen nicht unmittelbar beteiligt war, aber als Mitglied des Vorstandes über sie unterrichtet ist, den objektiven Sachverhalt schilderte. Hiernach ist die Anregung zu den Verhandlungen von einigen hervorragenden Führern des Reichsverbandes der Industrie, der wirtschaftlichen Zentralorganisation des Unternehmertums, ausgegangen. Diese Herren sind von dem neuen Kurs der Reichspolitik nicht restlos begeistert. Sie erkennen die Gefahr, die unserer Wirtschaft daher droht, daß ihre Führung den extremen Agrariern und andererseits der Wirtschaftspartei überantwortet wurde, die sich durch den engen politischen Horizont auszeichnet.

Die materiellen Voraussetzungen für eine Belebung der Wirtschaft sind in gewisser Beziehung vorhanden. Der Zinsfuß für Kreditkapital ist gesenkt, die Aufnahme von Auslandskrediten ist erleichtert, die Reparationsverpflichtungen sind geregelt. Aber trotzdem kommt die Wirtschaft nicht in Gang; im Gegenteil, die Entwicklung wird immer bedrohlicher. Das hat 3. psychologische Ursachen. Deshalb, das ist der Gedankengang jener Wirtschaftsführer, muß etwas geschehen, um die Wirtschaft aus ihrer Lethargie zu erwecken. Sie haben erkannt, daß, wenn auch die Sozialdemokratie nicht mehr in der Regierung sitzt, doch gegen die Arbeiterschaft nicht regiert werden kann. Die Organisationen der Unternehmer und die Gewerkschaften sollten sich nach diesen Gedankengängen zu einer gemeinsamen Aktion zusammenfinden, zu einem gemeinsamen Aufruf, dem die Autorität des Reichspräsidenten eine große Stütze geben sollte.

Ein solcher Aufruf allein tut es freilich nicht, es sollten auch bestimmte Maßnahmen getroffen werden. So müßte ein Teil auf die Arbeiterschaft ausgeübt werden, um sie zu fühlbaren Verbesserungen zu veranlassen. Die zu hohen Preisspannen des Handels müssen reduziert, vor allem muß aber auch die Preispolitik der Banken gründlich geändert werden. Jetzt liegen die Dinge so, daß die niedrigen Zinssätze nur den größten Unternehmern zugute kommen. Die kleineren Geschäftsmänner müssen den Banken unter den verächtlichsten Bedingungen Vergütungen leisten, die zusammen bewirken, daß sie Kreditkapital häufig noch mit 12 bis 14 Prozent pro Jahr vergütet werden. Gerade das ist ein wichtiges Hemmnis für die Belebung der Wirtschaft.

Die Unternehmer, die diesen Plan einer großzügigen Senkung des Preisniveaus verfolgten, legten auf die Mitwirkung der Gewerkschaften auch deshalb großen Wert, weil sie im eigenen Lager mit starkem Widerstand rechnen mußten. Der Handel, die Banken, die Vertreter der Kartellinteressen, sie alle, die auf übermäßige Gewinne verzichten sollen, sind davon natürlich nicht entzückt, und tatsächlich haben sie auch den Plan zu Fall gebracht.

Der Vorstand des IOGB hat sich vom Bundesauschuß ermächtigen lassen, die Einladung zu den Verhandlungen Folge zu leisten. In diesen Verhandlungen erkannten die Unternehmervertreter an, daß die Arbeitslosenversicherung gehalten und aus ihrer gegenwärtigen finanziellen Bedrängnis durch Beitragserhöhung und Notopfer gerettet werden müsse. Sehr zum Unterschied von der sonst im Unternehmertum anzutreffenden Anschauung sprachen sich die Unterhändler für die Aufrechterhaltung der sozialen Versicherung in allen ihren Teilen aus. Sie gaben auch ausdrücklich zu, daß die Massentaufkraft erhalten werden müsse, daß der Reallohn nicht sinken dürfe, daß vielmehr seine Steigerung anzustreben sei. Mit dieser Voraussetzung wollten sie allerdings auch das Recht für sich in Anspruch nehmen, eine Senkung der Nominallöhne zu fordern. Sinngemäß hätte diese Frage aber erst aktuell werden können, wenn die Lebenshaltungskosten tatsächlich so gesunken wären, daß trotz Kürzung des Nominallohnes seine Kaufkraft unverändert bliebe.

Die Wahrscheinlichkeit, daß dieser Fall eintreten könnte, ist allerdings nicht sehr groß. Der amtliche Lebenshaltungsindex setzt sich zu etwa 55 Prozent aus Ernährungs- und zu 20 Prozent aus Miete zusammen, beides Faktoren, die von der Preisentwertung gar nicht oder nur unerheblich beeinflusst werden können, so daß, selbst wenn das industrielle Warenpreisniveau sinkt, der Lebenshaltungsindex noch steigen kann. Die große Gefahr der gegenwärtigen Situation liegt gerade darin, daß alle Welt annimmt, wenn Preise und Löhne gleichmäßig abgebaut würden, bliebe die Kaufkraft der Löhne erhalten. Die Umstellung der Formel „Preise und Löhne“ auf „Lebenshaltung und Löhne“ wäre für die kommenden Auseinandersetzungen von größtem Vorteil für die Arbeiterschaft gewesen.

Die ganze Aktion ist aber schließlich doch verpufft. Das kam daher, daß die Herren, die die Sache eingeleitet haben, Rückendeckung suchten. Sie berichteten über die mit den Gewerkschaftsführern gepflogenen Verhandlungen nicht nur dem Ausschuß des Reichsverbandes der Industrie, sondern auch der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, in deren maßgebenden Stellen der alte, gegen die Arbeiterschaft gerichtete Kampfsgeist noch sehr lebendig ist. Der Erfolg blieb nicht aus. Die ins Leben gerufene Gegenbewegung hat den Plan zu Fall gebracht. Die Verhandlungen der Vertreter der Spitzenverbände würden voraussichtlich in den nächsten Tagen ergebnislos beendet werden (was inzwischen auch geschehen ist).

Die Darstellung des Sachverhalts wurde vom Beirat mit großem Interesse entgegengenommen. Eine Anzahl von Rednern war aber trotzdem der Meinung, daß es besser gewesen wäre, die Verhandlungen mit den Unternehmern gar nicht erst aufzunehmen. Die Entwicklung der Dinge habe ja auch gezeigt, daß von all den Plänen nichts übrigbleibe als der Ruf nach Lohnabbau, wobei es noch von der Gegenseite mit bewußter Absicht so dargestellt werde, als sei diese Forderung auch vom Vorstand des IOGB unterstützt worden. Die Aussprache im Beirat hat klärend gewirkt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Ein Schiedsspruch für die Seeschiffswerften.

Im Einverständnis der in Frage kommenden Verbandsvorstände kündigte die Zentralwerftkommission am 31. März den Rahmenvvertrag und am 15. Mai das Lohnabkommen für die Seeschiffswerften mit Wirkung zum 30. Juni. Vertrag und Lohnabkommen waren nach 14wöchigem Streit durch Schiedsspruch vom 21. Dezember 1928 und Verbindlichkeitsklärung vom 3. Januar 1929 den Werftarbeitern aufgedrungen. Das Verlangen der Holzarbeiter auf Anerkennung eines Zusatzvertrages, der den Eigenarten unserer Berufsgruppen in arbeitsrechtlicher und lohnregulierender Beziehung gerecht würde, blieb unberücksichtigt. Am 23. März dieses Jahres nahm eine Werftschlichterkonferenz zur Sachlage Stellung. Sie beauftragte den Verbandsvorstand, falls eine Verständigung mit der führenden Organisation über die Aufstellung neuer Forderungen, in welchen den Wünschen unserer Kollegen Rechnung getragen werde, nicht zu ermöglichen sei, eigene Forderungen dem Unternehmerverband zuzustellen.

In einer Sitzung der Zentralwerftkommission am 10. April wurden unsere vorgelegten Forderungen dem neuen Vertragsentwurf einverleibt. Neben einer Reihe allgemeiner Forderungen auf Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 49 auf 47 Stunden, Abänderung der bisherigen Bestimmungen

bezüglich Akkordarbeit, Wechselschicht u. a. m., wurde auch ein Verbot der Akkordarbeit an Holzbearbeitungsmaschinen, mit entsprechendem Verdienstaussgleich, eine zeitgemäßere Regelung der Eingruppierung angelernter Arbeiter in die Gruppe der Facharbeiter sowie Einreihung bestimmter Fachgruppen in das Facharbeiterregister verlangt.

Der Vertragsentwurf der Unternehmer verlangte neben gänzlicher Beseitigung der Urlaubsbestimmungen, Herabsetzung der Entschädigung bei Überstunden von 25 auf 20 Prozent, dreijähriger Vertragsdauer einen Lohnabbau von 4 Pf. pro Stunde in der Spitze und andern, die Werftarbeiter schädigende Maßnahmen.

Partei-verhandlungen am 2. Juni führten zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer wandten sich an das Reichsarbeitsministerium, und dieses beauftragte den Hamburger Schlichter mit der Erledigung des Streites. Am 20. Juni wurde vor der Schlichterkammer verhandelt. Der gefällte Schiedsspruch besagt, daß die wöchentliche Arbeitszeit von 49 auf 48 Stunden herabgesetzt wird, im übrigen aber der alte Vertrag sowie die Lohnabkommen in Kraft bleiben. Geltungsdauer für den Rahmenvvertrag bis 31. Oktober 1932, für das Lohnabkommen bis 31. Oktober 1931. Erklärungsfrist bis 25. Juni.

Von der Verhandlungskommission der Arbeiter wurde dieser mit Stimmenmehrheit zustande gekommene Schiedsspruch abgelehnt, schon deshalb, weil auch diesmal wieder, wie bei der letzten Bewegung 1928, eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne jeden Lohnausgleich festgelegt wurde, zum anderen aber auch dringende und zeitgemäße Änderungen des Vertrages und der Lohnabkommen keine Berücksichtigung fanden. Inzwischen haben auch die Unternehmer den Schiedsspruch abgelehnt.

Ein christlicher Werber für Lohnabbau.

Seit Monaten wurde von Unternehmern und Arbeitern der Sägewerksindustrie behauptet, der Gauleiter Erpenbed des christlichen Holzarbeiter-Verbandes in Nürnberg habe Sägewerksbesitzern in Bohnenstraße, Weidhausen, Eslern und anderen Orten der östlichen Oberpfalz, die laut Tarifvertrag in die 4. Ortsklasse gehören, den Lohn der 5. Ortsklasse zugestanden. Der Unterschied beträgt 7 Pf. pro Stunde. Erpenbed bestritt, ein solches Zugeständnis gemacht zu haben. Der Sägewerksbesitzer Ach in Bohnenstraße zahlte den bei ihm beschäftigten 30 Arbeitern sogar 9 Pf. weniger als den zuständigen Tariflohn, er entlohnte nämlich alle Arbeiter der Berufsgruppe B nach den Sätzen der Gruppe C.

Unser Gauvorstand in Nürnberg führte nun für zwei Kollegen eine Klage auf Zahlung des Tariflohnes nach Ortsklasse 4. Der beklagte Sägewerksbesitzer Ach berief sich vor dem Arbeitsgericht Weiden auf Erpenbed, der ihn nicht nur in die 5. Ortsklasse versetzt, sondern auch auf den ihm zugelandeten Lohnabkommen jeweils die Sätze der 5. Ortsklasse rot angestrichen habe. Das Arbeitsgericht verurteilte Herrn Ach, vertragsgemäß den beiden Kollegen je 9 Pf. pro Stunde nachzuzahlen, und bemerkte in der Begründung ganz richtig, daß Erpenbed Ortsklassenversetzungen nicht vornehmen könne und Bohnenstraße nach Auskunft der Zentralschlichtungskommission in die 4. Ortsklasse gehört. Es sprach auch aus, daß die Arbeiter, die solche Arbeiten wie die Kläger verrichten, nach Berufsgruppe B zu entlohnen sind.

Herr Ach zahlte nun allen Arbeitern 2 Pf. Zulage (Differenz zwischen Berufsgruppe C und B). Er bestellte aber Erpenbed nach Bohnenstraße und gab ihm den Auftrag, die Arbeiter seines Betriebes in den christlichen Verband aufzunehmen, damit sie nicht zum Deutschen Holzarbeiter-Verband gehen. Erpenbed kam, und als Gegenleistung für die Agitationshilfe des Herrn Ach vereinbarte er mit diesem, daß er nicht die 4., sondern nur die 5. Ortsklasse zu zahlen brauche. Es steht nachweislich fest, daß Erpenbed von Herrn Ach zu diesem Zweck bestellt wurde und Herr Ach die Arbeiter aufgefördert hat, nicht dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, sondern dem christlichen Holzarbeiter-Verband beizutreten. Erpenbed hat dadurch einige Mitglieder bekommen, Herr Ach zahlt trotz des Urteils pro Stunde 7 Pf. zuwenig, und den Schaden haben die Arbeiter.

Es steht weiter fest, daß Herr Ach mit zwei anderen Sägewerksbesitzern der Oberpfalz Besprechungen gepflogenen hat, deren Ergebnis war: Es muß alles darangesetzt werden, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband im Bezirk Bohnenstraße keine Stärkung erfährt, dem christlichen Holzarbeiter-Verband aber Schwierigkeiten nicht in den Weg gelegt werden sollen. Diese Übereinkunft zeigt deutlich, daß die Unternehmer die Macht des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und seine konsequente Tarifpolitik schätzen und fürchten, das ist für uns sehr ehrenvoll. Sie zeigt aber ebenso deutlich, daß die Unternehmer im christlichen Holzarbeiter-Verband ihren Hülfen erblicken, den sie als Sturmbod gegen den Deutschen Holzarbeiter-Verband zur Durchbrechung der von den Christen selbst mit unterzeichneten Tarifverträge gebrauchen können. Trotzdem oder gerade deswegen macht unser Verband in der Oberpfalz gute Fortschritte, die es uns hoffentlich recht bald ermöglichen werden, gegen widerstrebende Unternehmer und ihren Helfer Erpenbed den Tarifvertrag restlos durchzuführen.

Mit Lieferschein dieser Nummer ist am 27. Monatsauszahlung fällig



Holzindustrie



Tagungen der Sägewerksunternehmer

Der Verein sächsischer Holzindustrieller (Sitz Dresden) hielt seine diesjährige Hauptversammlung am 28. Mai ab. Die Gründung des Verbandes erfolgte im Mai 1905, er besteht jetzt also 25 Jahre. Zunächst waren die sächsischen Sägewerksbesitzer für den Gedanken der Organisation schwer zu gewinnen, heute haben sie einen festgefügt und gut arbeitenden Verband. Der Vorsitzende, Herr Erich Grimm aus Zwickau, berichtete, daß der Verein jetzt rund 600 Mitglieder zähle, die mit über 1000 Gattern arbeiten. Die Tagung beschäftigte sich vornehmlich mit der wirtschaftlichen Lage der Sägewerksindustrie. Der „Verfall“ der sächsischen Sägewerksindustrie in den letzten Jahren beruht nach Herrn Grimm vor allem darauf, daß sie keine gewinnbringende Rohstoffbasis besitzt. „Die sächsische Sägewerksindustrie baute sich in erheblichem Umfange auf dem früheren Rundholzüberschuß der benachbarten ehemaligen Donau-Monarchie auf. Die Waldbestände Sachsens allein hätten niemals eine so ausgedehnte Sägewerksindustrie zeitigen können. Die Tschechoslowakei verbrachte, infolge der beispiellos lebhaften Bautätigkeit, große Mengen ihres Holzes selber. Das habe zur Folge, daß die Rundholzpreise dort über den Weltmarktpreisen liegen. Es wurden frei sächsischer Landesgrenze für tschechoslowakisches Rundholz Preise gefordert, die, unter Berücksichtigung des Frachtaufschlags, bis 50 Prozent höher lagen als in Mitteldeutschland. Aus anderen Gegenden Rundholz in solchen Mengen zu beziehen, daß dadurch das sächsische Rundholzpreisniveau, das sich an das tschechoslowakische angelehnt hatte, wesentlich beeinflusst wurde, verbot sich durch die hohen Rundholzfrachten. Bei dieser Sachlage kann es nicht wundernehmen, daß die sächsische Sägewerksindustrie außerhalb Sachsens nicht mehr konkurrenzfähig ist und ihre Hauptabgabebiete in immer steigendem Maße verlor.“

Der Rückgang der Rundholzpreise sei ein wichtiger Faktor in der Gesundung der sächsischen Sägewerksindustrie. Von den Regierungen müsse gefordert werden, daß sie „uns in noch stärkerem Maße als bisher beim Abbau der zu hohen Produktionskosten, soweit sie auf staatlichem Zwange beruhen, behilflich sind“. Herr Grimm wird bei diesem Satz wohl in erster Linie an den Abbau der Löhne gedacht haben. Vorher hatte er schon einige Male auf „das zu hohe sächsische Lohnniveau“ hingewiesen. Ein Vergleich mit den wichtigsten Konkurrenzländern ergebe, daß „die Löhne in Polen etwa 35 Pf. betragen, gegenüber einem sächsischen Spitzenstundenlohn von über 100 Pf. Und in der Tschechoslowakei seien die Sägerelöhne etwa halb so hoch wie in Sachsen“.

Daß die Löhne in den östlichen Holzländern niedriger sind als in Sachsen und in ganz Deutschland, ist leider eine Tatsache. Zum Teil wird die Lohndifferenz durch eine höhere Arbeitsleistung der deutschen Sägewerksarbeiter ausgeglichen. Daß niedrige Löhne nicht das Mittel sind, um eine Industrie in Schwung halten zu können, lehren doch gerade die Verhältnisse in Polen und in der Tschechoslowakei. In beiden Staaten liegt die Sägewerksindustrie trotz der niedrigen Löhne mindestens ebenso schwer darnieder wie bei uns.

An diese Tatsache hätte auch Prof. Dr. Lemmel aus Eberswalde bei seinem Vortrag über europäische Holzfragen denken sollen. Soweit er sich mit Lohnfragen beschäftigte, hat er wie ein Duzendprofessor das Blaue vom Himmel heruntergeredet. Was soll man z. B. zu folgendem Satz sagen: „Der einzig mögliche Ausweg aus der gegenwärtigen Lage kann nur in der Einschränkung der Konsumtion und der Steigerung der Produktion gefunden werden.“ Als vor sechs oder sieben Jahren die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände mit dieser Weisheit heraustrat, hat man erstlich darüber diskutiert, heute reizt sie selbst die Pühner zum Lachen. Ein größerer Nutzen als der, eine Produktionssteigerung durch Konsum-Einschränkung erreichen zu wollen, ist selbst bei dieser Pundstagshige nicht denkbar. Herr Lemmel sollte sich mit den Fragen beschäftigen, für die er eine anerkannte und geschätzte Autorität ist: das ist die Forstwirtschaft. Was er darüber ausgeführt hat, ist wert, gelesen und in der Praxis beachtet zu werden; wir werden bei passender Gelegenheit darauf zurückkommen.

Auch die Hauptversammlung des Süddeutschen Sägewerksvereins (Sitz München) am 24. Mai war eine Jubiläumstagung: der Verein feierte seinen 10. Geburtstag. Die Anregung zur Gründung ging von 10 Sägewerksbesitzern aus Nieder- und Oberbayern und Schwaben aus. Gegenwärtig hat der Verein etwa 550 regelmäßig beitragende Mitglieder. Allerdings befinden sich darunter viele kleine und kleinste Sägewerksunternehmer. An der Spitze des Vereins steht seit sieben Jahren Herr Josef Mische aus München. Auch auf dieser Tagung stand die Notlage der Industrie im Mittelpunkt der Verhandlungen. Um auf dem Rundholzmarkt zur Gesundung zu kommen, ist der Unternehmerverband dazu übergegangen, die Rundholzkäufer der einzelnen Gebiete zu Rundholz-Einkaufvereinigungen

zusammenzuschließen. „Auf diesem Wege hoffen wir“, führte das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Mag Birkenstein, aus, „stabile Verhältnisse am Rundholzmarkt zu schaffen, zu gemeinsamen Verhandlungen auf kaufmännischer Grundlage mit dem Waldbesitz zu kommen, und haben damit eigentlich schon den Weg gezeigt, der zu einem Zusammenschluß von Waldbesitz und Sägewerksindustrie führen kann. Natürlich einem Zusammenschluß, bei dem jedem Teile seine volle Selbständigkeit gewahrt bleibt, nicht einem solchen, wie er in der jüngsten Zeit von verschiedenen Seiten propagiert wird und der einer Sozialisierung der Sägewerksindustrie gleichkäme. Solange aber der Waldbesitz unsere Rundholz-Einkaufvereinbarungen als eine gegen ihn gerichtete Front betrachtet, die er bekämpfen zu müssen glaubt, sind wir von idealen Verhältnissen in der Wald- und Holzwirtschaft noch weit entfernt und der Kampf im Rundholzeinkauf wird weitergehen, bis die Dinge einer zwangswweisen Lösung entgegenreiben, die für beide Teile heute noch nicht zu übersehende Auswirkungen zur Folge haben muß.“ — Geheimrat Mantel von der bayerischen Forstverwaltung berichtete, daß von dem W i n d b r u c h h o l z jetzt weitere 120 000 Festmeter verkauft sind und 160 000 Festmeter lagern noch unverkauft im Walde.

Der Verein württembergischer Holzinteressenten (Sitz Stuttgart) hielt seine 12. Generalversammlung am 4. Juni in Stuttgart ab. Während bisher gerade aus den Tagungen dieses Verbandes sehr laut der Ruf erscholl: Herunter mit den Rundholzpreisen!, erklärte jetzt der Syndikus Dr. Marquard, daß die Vergangenheit bewiesen habe, daß es mit dem Abbau der Rundholzpreise allein nicht getan sei, „die Frage des Tages sei vielmehr, welche Maßnahmen zur Beeinflussung des Schnittwarenpreises ergriffen werden müßten“. Mit anderen Worten heißt das: hinauf mit den Schnittholzpreisen! Um das zu erreichen, empfehle sich „der Zusammenschluß vielleicht einer Anzahl größerer Werke zum Zwecke des gemeinschaftlichen Verkaufs ihrer Produktion. Da der Waldbesitz heute wohl ebenso notleidend sei wie die Holzwirtschaft, könne vielleicht der Schritt gewagt werden, zu sondieren, inwieweit der Waldbesitz mitzuwirken bereit wäre, die Lage am Schnittwarenmarkt zu bessern. In den Fachblättern sei in der letzten Zeit viel und richtig über die Kartellierung oder Verkrüftung der ganzen Waldwirtschaft geschrieben worden. Die Vorschläge, die bis zur Sozialisierung gingen, werden heute noch völlig einstimmig abgelehnt. Es bliebe darum nur der Vorschlag einer Notgemeinschaft zwischen Waldbesitz und Sägewerksindustrie, bei der alles vom Entgegenkommen des Waldbesitzes abhängt.“ Herr Göhl vom Verband bayerischer Holzinteressenten empfahl einen Abbau der Preise und der Löhne, denn auf diesem Wege würde eine Besserung der Lage der Sägewerke zu erreichen sein. Auch der Vorsitzende des württembergischen Verbandes, Herr Commerell aus Höfen, betonte die Notwendigkeit des Lohnabbaues und der Produktions-Einschränkung. — Diese Ausführungen beweisen nur eins, nämlich daß die Leitung der Wirtschaft heute in Händen von Personen liegt, die ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen sind.

Großbritannien vergrößert seine Waldfläche.

Das Inselreich Großbritannien ist eines der waldärmsten Gebiete Europas. Nach einer Statistik vom Jahre 1928 hat es 1,250 Millionen Hektar Wald, das sind 5 Prozent der Bodenfläche des Landes. (Deutschland hat vergleichsweise 12,654 Millionen Hektar Wald, dieser bedeckt 27 Prozent der Bodenfläche.) Der Holzarmut des Landes steht ein besonders hoher Bedarf gegenüber. Von Regierungsseite wird der Holzverbrauch auf über 1000 Millionen Kubikfuß (1 Kubikfuß = 0,028 Kubikmeter) geschätzt, wovon der heimische Wald nur 5 Prozent deckt. Der Wert der britischen Einfuhr betrug in den letzten Jahren etwa 60 Millionen Pfund Sterling. Die Einfuhr stammt hauptsächlich aus Skandinavien, Rußland und den Randstaaten. Großbritannien besitzt zwar selbst gewaltige Holzvorräte, darunter in den tropischen Kolonien wertvolle Laubhölzer und in Kanada Nadelhölzer. Diese letzteren werden aber vorwiegend nach den Vereinigten Staaten ausgeführt, während für Laubhölzer der Bedarf nicht groß ist.

Schon vor dem Weltkriege hatte man sich daher mit der Frage der Aufforstung heimischen Bodens beschäftigt. Man kam aus den Plänen jedoch nicht heraus. Nach dem Kriege wurde im Rahmen der Wiederaufbauarbeiten ein großzügiger Aufforstungsplan entworfen, der 1919 als Gesetz erlassen wurde. Nach diesem Gesetz sollte der Staat in dem Jahrzehnt von 1919 bis 1929 etwa 61 000 Hektar neu anpflanzen; dazu standen 3 1/2 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung. Dieser Plan ist nicht nur voll durchgeführt worden, sondern es wurden 40 000 Hektar mehr, im ganzen also über 100 000 Hektar neu aufgeforstet. In den nächsten zehn Jahren sollen weitere etwa 150 000 Hektar neuer Wald entstehen. Dafür stehen 9 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung.

Bürstenfabrik Kränzlein AG.

Die Bürstenfabrik Emil Kränzlein AG. in Erlangen schließt ihr Geschäftsjahr 1929 mit 88 530 Mk. Verlust ab. Auch in den beiden Vorjahren hat sie mit Verlust gearbeitet; der Gesamtverlust am Jahreschluß 1929 betrug rund 200 000 Mk. Im Jahre 1926 wurde ein Gewinn von 31 481 Mk. erzielt; die Dividende betrug 5 Prozent. Die Gesellschaft hat in Uttenreuth und in Neustadt a. Rhod. Produktionsbetriebe. Nach ihren eigenen Angaben beschäftigte sie im Herbst 1928 rund 560 Betriebs- und 200 Heimarbeiter und am Jahreschluß 1928 rund 450 Betriebs- und 70 Heimarbeiter. Inzwischen ist die Beschäftigtenzahl weiter zurückgegangen. Im Erlanger Betrieb, wo vor einiger Zeit noch weit über 200 Personen beschäftigt waren, arbeiten heute noch knapp 100.

In Zeiten scharfer Rationalisierung bedeutet der Rückgang der Beschäftigtenzahl nicht ohne weiteres auch einen Geschäftsrückgang. Wir kennen Betriebe, die, obwohl sie heute nur halb soviel Arbeiter beschäftigen wie vor Jahren, doch einen größeren Umsatz haben als damals. Wie es bei der Kränzlein AG. in dieser Beziehung aussieht, läßt sich schwer sagen, da ihre Geschäftsberichte über den Umsatz keine Angaben enthalten. Auf Grund gewisser Vorgänge darf jedoch angenommen werden, daß wenigstens im letzten Jahr ein kleiner Umsatzrückgang eingetreten ist. Als Ursachen, die zur Verschlechterung der Lage der Gesellschaft geführt haben, werden genannt: Überproduktion in Deutschland und scharfe Auslandskonkurrenz im In- und Auslande. Im letzten Geschäftsbericht heißt es darüber unter anderem:

„Der Geschäftsgang unseres Unternehmens hat sich im Jahre 1929 nicht günstig gestaltet. Wir konnten wohl unseren Umsatz im Auslande insbesondere durch den Absatz unserer Spezialitäten trotz der Erschwerungen der Ausfuhr auf ungefähr der gleichen Höhe halten wie in den Vorjahren. Dagegen hatte das Inlandgeschäft durch die in den Wintermonaten lang andauernde außergewöhnliche Kälte und die im Laufe des Jahres immer mehr ansteigende allgemeine Arbeitslosigkeit sehr zu leiden. Im Gegensatz zu den meist größeren Auslandsaufträgen waren die von der deutschen Rundschau oft nur zur Deckung des momentanen Bedarfes gegebenen Aufträge wohl sehr zahlreich, aber vielfach nur kleineren Umfanges. Dazu kommt neben den durch die Überproduktion in Deutschland äußerst gedrückten Preisen noch der ungenügende Zollschutz gegen die mit geringeren Löhnen, Steuern und sozialen Lasten arbeitende Auslandskonkurrenz und endlich die fortwährende Steigerung der Produktionsausgaben durch erhöhte Löhne und vergrößerte soziale Lasten, so daß wir auch das Jahr 1929 mit einem Verlust abschließen müssen.“

Der Geschäftsbericht für 1929 stellt fest, daß „die Ausfuhr sich ungefähr auf der gleichen Höhe gehalten hat wie in den Vorjahren“. Im Bericht für 1928 wurde gesagt, daß der Umsatz im Export gegenüber dem Vorjahre erhöht werden konnte. Wichtig wäre, zu erfahren, ob die Ausfuhr mengen- und wertmäßig jetzt größer ist als in der Vorkriegszeit. Darüber sagen die Geschäftsberichte leider nichts, aber wir haben Grund zu der Annahme, daß die Kränzlein AG. zu jenen Unternehmungen gehört, die heute eine größere Ausfuhr haben. Die Behauptung, daß das Inlandgeschäft zu wünschen übrigließe, ist glaubhaft. Auch die dafür angeführten Ursachen leuchten ein. Wie alle großen Industrien, macht auch die Bürstenindustrie ihr bestes Geschäft mit den breiten Massen der Bevölkerung. Geht es der Arbeiterschaft schlecht, fehlt ihr das Geld zur Befriedigung ihrer Lebens- und Kulturbedürfnisse, stößt die ganze Wirtschaft. Die Geschäftsleitung der Kränzlein AG. weiß das, aber sie zieht daraus ganz verkehrte Schlusfolgerungen. Nicht hohe, sondern niedrige Löhne sind die Ursachen einer Wirtschaftskrise. Die Kränzlein AG. aber jammert über die „hohen“ Löhne. Im Geschäftsbericht für 1929 heißt es weiter, daß „die 1930 eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen eine weitere Ermäßigung unserer Unkosten bringen werden“. Aber die Art dieser Maßnahmen wird nichts gesagt; wer die Leitung dieser Gesellschaft näher kennt, ist darüber aber kaum im Zweifel. Rationalisieren heißt bei der Kränzlein AG. — Lohnabbau. Und dabei begnügt sie sich nicht mit der üblichen Abbauforderung von 10 Prozent, sondern sie will gleich um 25 Prozent abbauen. Zu diesem Zwecke hat sie das Lohnabkommen gekündigt.

Der Geschäftsbericht schließt mit dem Satz: „Wenn die allgemeine wirtschaftliche Lage sich nicht schlechter gestaltet, hoffen wir, durch die getroffenen Maßnahmen und die damit erfolgende Herabdrückung unserer Unkosten für 1930 mit einem besseren Ergebnis rechnen zu können.“ Die Absicht der Gesellschaft, ihr Unternehmen wieder auf die Höhe zu bringen, ist löblich und wird von der Arbeiterschaft unterstützt. Ein Lohnabbau ist aber der verkehrteste Weg zu diesem Ziel. Die Arbeiterschaft wird sich dagegen mit aller Entschiedenheit wehren. Besteht die Betriebsleitung auf die Durchfuhrung ihrer Forderung, wird es wieder zu schweren Kämpfen kommen. Die Verantwortung dafür trägt allein die Leitung der Gesellschaft.



Internationale Union der Holzarbeiter



Der Verband der Bau- und Möbelerbeiter in Belgien.

Der Gedanke, die Bau- und Holzarbeiter in einer gemeinsamen Organisation zusammenzufassen, ist in unserer Internationale nur in der Schweiz und in Belgien durchgeführt. In Belgien umfaßt die Organisation außer den Bau- und Möbelerarbeitern auch, wie es in ihrem Namen heißt, „andere Berufe“. Wie die Grenze für die Zulassung gezogen ist, läßt sich schwer erkennen. Interessant dürfte die Feststellung sein, daß auf dem an den Pfingstfeiertagen in Brüssel abgehaltenen Verbandstag außer mehreren Vertretern ausländischer Bruderorganisationen nicht weniger als vier Sekretäre von internationalen Gewerkschaftsverbänden anwesend waren. Neben dem Sekretär unserer Internationalen Union der Holzarbeiter waren noch die internationalen Sekretäre der Bauarbeiter, der Fabrikarbeiter und der Glasarbeiter erschienen. Zu den im Verband vertretenen Berufen gehören u. a. die Maurer, Gipser, Steinhauer, Maler, Zimmerer, Bau- und Möbeltischler, Modelltischler, Tapezierer, Korbmacher, Schiffszimmerer, keramische Arbeiter, Glasarbeiter, Bürstenmacher, Arbeiter in Streichholz-, in Gummi-, in Papier-, in chemischen und in Seifenfabriken, aber auch Barbier oder, wie sie in dem Bericht genannt werden, Haarschneider. In dem umfangreichen, gedruckten Vorstandsbericht, der dem Verbandstag vorgelegt wurde, ist über die Zahl der Angehörigen der einzelnen Berufe nichts gesagt. Die auf Grund der Beitragsleistung berechnete Mitgliederzahl beträgt über 74 000, von denen etwa 18 000 bis 19 000 Holzarbeiter sein dürften.

Auf dem Verbandstage spielte die Stellungnahme zur Rationalisierung eine wichtige Rolle. In der hierzu angenommenen Entschließung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Gewerkschaften die Rationalisierung der Industrie nicht grundsätzlich bekämpfen. Sie verlangen aber eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit und einen dem gesteigerten Unternehmensgewinn entsprechenden Anteil der Arbeiter an dem Ertrage der Arbeit. Von der Regierung werden die Veranlassung einer Erhebung über die Auswirkung der Rationalisierung gefordert sowie die Bildung einer aus Beiträgen der Unternehmer gespeisten Kasse zur Unterstützung der aus ihrem Beruf verdrängten Arbeiter, die sich für einen anderen Beruf umstellen.

Ein anderer Gegenstand betraf die Berufskrankheiten. Hierzu wurden in einer Entschließung die Veranlassung von Erhebungen über den Umfang dieser Krankheiten sowie die Einbeziehung einer Anzahl von Krankheiten in das Gesetz über die Entschädigung von Unfällen gefordert. Außerdem sprach sich der Kongreß für die Einführung eines Gesetzes über Ferien für Arbeiter und für den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung aus.

Obwohl die Verhandlungen des Verbandstages zweisprachig geführt wurden — das Französische und das Flämische sind in Belgien gleichberechtigte Sprachen —, nahmen die Arbeiten einen glatten Verlauf. Die kommunistische Opposition, die früher einmal eine gewisse Rolle gespielt hat, ist völlig verschwunden.

Für die verschiedenen im Verband vertretenen Branchen finden neben dem allgemeinen Verbandstag noch besondere Branchenkongresse statt. Über die Konferenz der Holz- und Möbelerarbeiter, die am 16. Februar in Brüssel abgehalten wurde, hat Kollege Hanwaert in der letzten Nummer des „Bulletin“ einen Bericht veröffentlicht, dem wir das Folgende entnehmen: Der Währungssturz vom Oktober 1926 hat eine Preissteigerung verursacht, mit der die Löhne nicht Schritt halten konnten. Die zahlreichen Bewegungen, die geführt werden mußten, sind im großen und ganzen recht erfolgreich verlaufen. In der Zeit vom Dezember 1926 bis Dezember 1929 stieg die Reiziffer von 755 auf 897, also um 18,8 Prozent; die Mindestlöhne aber erfuhren eine Erhöhung um durchschnittlich 51 Prozent, d. h. die Lebenshaltung verbesserte sich um 33 Prozent. Ende 1929 hatten folgende tariflich vereinbarte Mindestsätze Geltung: Brüssel 7,05 Franken pro Stunde; Antwerpen 6,95; Lüttich 6,75; Mecheln und Kortrijk 6,45, Gent 6,30; Ath 6; Brügge und Grammont 5,75 (1 belgischer Franc gleich etwa 11,7 Pf.). Es handelt sich hier um Mindestsätze für Möbelerarbeiter, die aber von denen der Klavierarbeiter und Buchbinderer kaum abweichen. Bildhauer und Maschinenarbeiter verdienen dagegen in der Regel 10 Prozent mehr. Schon bei diesen Mindestsätzen wäre die geforderte Angleichung erzielt; in den großen Bezirken liegt aber der tatsächliche Verdienst oft noch um 25 bis 50 Centimes über den genannten Sätzen. Um die verhängnisvolle Schleuderwirkung zu behebigen, die Belgien infolge seines niedrigen Lohnniveaus bei dem Ansturm zu machen imstande ist, erstreben die Kollegen eine Angleichung der Nominallöhne an das Lohnniveau der benachbarten Länder.

Das Ergebnis der lebhaften Aussprache, die dem Referat folgte, war der Beschluß, im Jahre 1930 einen Mindestlohn von 7 bis 8 Franken anzustreben. Die Wiedereinführung des 7 bis 8 Franken in die Betriebe gegangenen Tarifvertrages scheint bei den Verhältnissen im Unternehmerlager wenig aussichtsreich. Aber die Geschäftslage wurde mit-

geteilt, daß in der amtlichen Statistik der Stand der Arbeitslosigkeit im November 1929 mit 0,8 Prozent Vollerwerbslosen und 0,1 Prozent Kurzarbeitern angegeben ist. Jedenfalls wird sich das Jahr 1930 zu einem Kampfsjahr für die belgischen Holzarbeiter gestalten.

Auch in Belgien macht die Entwicklung des Holzgewerbes von der handwerklichen Produktion zum industriellen Großbetrieb starke Fortschritte. Das führt zur Verdrängung des gelernten Arbeiters durch angelernte und weibliche und jugendliche Arbeitskräfte. Eine gewisse Dezentralisation ist dadurch eingetreten, daß in der näheren Umgegend der Großstädte eine neue Gattung von Heimarbeitern sich in maschinellen Kleinwerkstätten niedergelassen hat. Unter Umgehung aller Vorschriften, betreffend die Arbeitszeit, schufen sie da mit Hilfe schlechtbezahlter junger Arbeitskräfte. Sie sind aber vollkommen abhängig von den großen Firmen, die ihnen meist das notwendige Kapital vorgestreckt haben und ihre Erzeugnisse abnehmen. Die Konferenz stimmte dem Referenten zu, der strengste Kontrolle der Arbeitszeit in der Heimarbeit, allgemeine Durchführung der von früheren Branchenkongressen aufgestellten Lohnstufen für weibliche, angelernte und jugendliche Arbeiter sowie Einführung der 45-Stunden-Woche mit freiem Sonnabendnachmittag forderte. M. K.

Möbelerbeiter und Tapezierer in Holland.

Nach erfolgter Kündigung durch die Arbeiter war der seit dem Jahre 1928 bestehende Tarifvertrag für die Möbelerarbeiter und Tapezierer Hollands am 15. März abgelassen. Für die Erneuerung des Vertrages hatte die Arbeiterschaft eine Reihe von Forderungen gestellt. Insbesondere eine Lohn-erhöhung von 5 Cents pro Stunde, Erhöhung des Zuschlags für Überstundenarbeit von 20 auf 25 Prozent, für solche am Sonnabendnachmittag von 30 auf 50 Prozent; Zahlung von 80 Prozent des Lohnes im Krankheitsfall während 26 Wochen in einem Jahre, gemäß dem am 1. Januar 1930 in Kraft getretenen Gesetz, jedoch mit der Maßgabe, daß die Versicherungsprämie voll vom Unternehmer zu tragen ist und nicht, wie es das Gesetz vorschreibt, zur Hälfte von dem Arbeiter; Auszahlung eines vollen Tagelohnes nicht nur beim Ableben der Ehefrau (wie es schon im letzten Tarifvertrag vorgesehen war), sondern auch beim Ableben eines Kindes; Staffelung der Altersklassen für Arbeiter im Alter von 18 bis zu 25 Jahren und darüber nicht, wie bisher, von 2 zu 2 Jahren, sondern von Jahr zu Jahr; Einsetzung von Betriebsausschüssen zur Überwachung der Einhaltung der einschlägigen Gesetze und des Tarifvertrages.

Die Organisation im Holzgewerbe ist in Holland bei den Unternehmern ebenso zersplittert wie bei den Arbeitern. Auf Unternehmerseite nahm ein Ausschuß der drei Spitzenverbände an den Verhandlungen teil. Auf Arbeiterseite waren es ebenfalls drei Verbände, nämlich außer dem unserer Internationalen Union angeschlossenen Verband der Möbelerarbeiter und Tapezierer noch zwei konfessionelle Verbände. Die Verhandlungen ergaben nur unzulängliche Zugeständnisse der Unternehmer. Im Einvernehmen mit den beiden konfessionellen Verbänden beschloß nun der Vorstand des holländischen Möbelerarbeiter-Verbandes, den Mitgliedern die Ablehnung dieser Zugeständnisse zu empfehlen und einer Reihe von Fabrikanten ein Ultimatum zu stellen. Diese Empfehlung wurde von den Mitgliedern angenommen. Am 24. März sollte der offene Kampf ausbrechen. Auf Antrag der Unternehmer fanden dann aber neue Verhandlungen statt, die zu völliger Übereinstimmung führten. Der neue Tarif ist von den Mitgliedern der einzelnen Arbeiterverbände auf Empfehlung ihrer Vorstände angenommen worden. Der Vertrag ist damit für die Dauer von 2 Jahren abgeschlossen worden. Sofort bei seiner Inkraftsetzung wurden alle Gehaltenslöhne um 1 Cent erhöht. Eine weitere Erhöhung um 1 Cent soll ab 1. März 1931 erfolgen. Die Forderungen auf Einführung der neuen Altersklassenstaffelung bei der Lohngruppierung, beitragsfreie Krankenversicherung und Auszahlung eines vollen Tagelohnes (8½ Stunden) beim Ableben eines Kindes sind anerkannt worden. Angesichts der wenig erfreulichen Geschäftslage, die sich voraussichtlich noch verschlechtern dürfte, kann das Ergebnis dieser Bewegung als befriedigend bezeichnet werden.

Ausbau der Organisation in Spanien.

Das „Bulletin“ der Internationalen Union der Holzarbeiter berichtet: „Nach gründlicher, in stetem Einvernehmen mit der Internationalen Union durchgeführter Vorbereitung ist es auf einer Anfang April in Madrid stattgefundenen Konferenz zur Gründung eines Landesverbandes der Holzarbeiter Spaniens gekommen. Die Initiative zu dieser im Rahmen eines vom Gewerkschaftsbund aufgestellten Gesamtorganisationsplanes erfolgten Neugründung wurde vor etwa fünf Jahren von einigen Holzarbeitervereinen in Madrid ergriffen, die Anfang 1928 als Ortsföderation den Anschluß an die Internationale Union vollzogen.“ Der neue Landesverband hat sofort seinen Anschluß in die Internationale Union der Holzarbeiter geschlossen.

Verbandstag in Österreich.

Der Verband der Holzarbeiter Österreichs hielt vom 29. bis 31. Mai seinen 16. Verbandstag in Wien ab. Gleichzeitig feierten die Fachgruppen der Tischler, Musikinstrumentenarbeiter, Wagner und Bergolder ihr sechzigjähriges Bestehen. Andere Gruppen, wie die Tapezierer, Bürstenmacher, Pinselmacher und Stockdrechsler, die ebenfalls zum Holzarbeiter-Verband gehören, können auf eine vierzigjährige Organisationsarbeit zurückblicken.

Durch die Zerschlagung des alten österreich-ungarischen Kaiserstaates infolge des Weltkrieges ist naturgemäß auch die Mitgliederzahl des Verbandes stark mitgenommen worden. Die Kollegen aus der Tschechoslowakei, die früher eifrige Mitglieder des österreichischen Verbandes waren, haben jetzt nur noch als ausländische Gäste am Verbandstag teilnehmen können. Heute zählt der Verband noch 16 800 Mitglieder. Wie sehr die österreichische Wirtschaft unter den ungünstigen Verhältnissen leidet, zeigt uns ein Beispiel aus Wien. Dort wurden im Jahre 1913 allein rund 16 000 Tischler beschäftigt, während man heute in Wien nur noch 6500 Tischler zählt. Die Arbeitslosigkeit im Verband ist verhältnismäßig noch stärker als bei uns in Deutschland.

In einem großzügig angelegten Referat behandelte Nationalrat Dr. Ellenbogen auf dem Verbandstag die Probleme der österreichischen Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit der Weltwirtschaft. Eine recht lebhaft diskutierte fand über die Organisation der Gewerkschaftsführung statt. Schließlich beschloß der Verbandstag die Einführung einer Invalidenunterstützung nach dem Muster unseres Verbandes. Am gleichen Tage, als die österreichischen Holzarbeiter beschlossen, ihre invaliden Mitglieder zu unterstützen, traf die Meldung ein, daß das österreichische Parlament unter Führung der bürgerlichen Regierung die Einführung der staatlichen Invalidenversicherung abgelehnt hat. Dieser reaktionäre Kurs in der Sozialpolitik beleuchtet den starken Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auch in Österreich. Immerhin, unsere österreichischen Kollegen wissen, daß sie nur mit Hilfe einer geschlossenen Organisation den Ansturm der Unternehmer und der Heimwehr abwehren können. M. Sch.

Verbandstag der tschechischen Holzarbeiter.

In der Organisation der Holzarbeiter in der Tschechoslowakei spiegeln sich die Sprachverschiedenheit und die politische Zerrissenheit der Arbeiterschaft dieses Landes wider. Der aus der Vorkriegszeit bestehende Verband mit dem Sitz in Prag war allmählich völlig ins kommunistische Fahrwasser abgeglitten, so daß die Holzarbeiter tschechischer Zunge, die die Reise nach Moskau nicht mitmachen wollten, im Jahre 1922 eine neue Organisation ins Leben riefen, die „Unie Drevodělníků“, die sich ziemlich rasch entwickelt hat, während die kommunistische Organisation dem Verfall entgegengeht. An dem Verbandstag der „Union der Holzarbeiter“, der Ende April in Prag abgehalten wurde, nahmen neben dem Sekretär der Internationalen Union, Kollegen Tarnow, auch Vertreter der Holzarbeiter-Verbände in Österreich, in Jugoslawien und des deutschsprachigen Verbandes in der Tschechoslowakei mit dem Sitz in Reichenberg teil. Die Teilnahme eines Vertreters des letztgenannten Verbandes darf als Anzeichen für die engeren Beziehungen gewertet werden, die sich zwischen den beiden Verbänden angebahnt haben und die vielleicht doch noch in absehbarer Zeit zu einer Verschmelzung führen dürften. Außer den genannten Verbänden besteht in der Tschechoslowakei noch ein nationalsozialistischer Verband. Die Bemühungen, ihn zum Anschluß an die Union der Holzarbeiter zu bewegen, haben noch zu keinem positiven Ergebnis geführt.

Dem Verbandstag lagen Berichte vor für die Zeit von 1926 bis 1929. In diesem Zeitraum wurden 4 965 197 Kronen eingenommen und 3 839 452 Kronen ausgegeben. An erster Stelle steht hier die Arbeitslosenunterstützung, die einschließlich des Staatszuschusses 1 463 750 Kronen erforderte (1 Krone gleich etwa 12 Pf.). Bei den rund 100 Bewegungen, die in der Berichtszeit zu führen waren, kam es in 44 Fällen zu Streiks, an welchen 1108 Verbandsmitglieder beteiligt waren. Die Bewegungen brachten eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 5 Prozent.

Die Rationalisierung der Betriebe hat auch in der Holzindustrie der Tschechoslowakei starke Fortschritte gemacht und ähnliche Folgen gezeitigt, wie wir sie in Deutschland erfahren haben. Die Herstellung von Möbeln erfolgt immer mehr serienweise, wodurch die gelernten Arbeiter verdrängt und durch angelernte Hilfskräfte ersetzt werden. Eine weitere Folge der Rationalisierung ist die große Arbeitslosigkeit. Auch das Tarifvertragswesen wurde ungünstig beeinflusst. Die Tarifverträge in Groß-Prag, in Ostböhmen und in Mähren konnten nicht erneuert werden, so daß dort ohne Tarif gearbeitet wird.

Der Verband zählt zurzeit in 150 Ortsgruppen 8345 Mitglieder, darunter 574 Frauen. Von den Beschlüssen des Verbandstages verdient besonders der hervorgehoben zu werden, der den Vorstand beauftragt, Vorarbeiten für die Einführung einer Altersversicherung im Verband zu treffen.



Unterhaltung und Wissen



Ereignis.

Von Henning Düberradt.

Schon als Schuljunge war Fritz Feddersen ein Rebell, ein Aufrührer gewesen. Als er mit 12 und 13 Jahren in den Oberklassen der 8. Gemeindeschule in Lübeck saß, da köchelte es in ihm, wenn ein Lehrer, von oben herab und im Bildungsdünkel befangen, den Tyrannen spielte. Er war der Führer der Widersetzlichen, und er fürchtete keine Strafen. Mit den Zähnen die Unterlippe nagend, die stahlblauen Augen ein wenig zusammenknirschend, machte er seine Strafarbeiten, saß er seine Nachstunden ab, ließ er sich von den Turnspielen ausschließen. Er schwieg still und mühte nicht, dazu war er zu aufgeweckt, aber hätte jemand von ihm verlangt, er solle Abbitte tun und sich beim Lehrer entschuldigen — er hätte sich eher den Kopf abhaden lassen!

Als er dann Tischler lernte, blieb er der gleiche. Wie er, rein nach den Leistungen und nach dem Begriffsvermögen, ein guter Schüler gewesen war, so erfaßte er auch in der Lehre rasch das Notwendige, und keinen Meister gab es, der über ihn klagen konnte. Aber er kannte die Bestimmungen über das Lehrlingswesen genau, und wenn irgendwie Unrecht geschah und gegen die Schutzvorschriften verstossen oder gar ein jugendlicher gepufft oder geschlagen wurde, dann war er der Vertrauensmann, der Sprecher. O, es mochten vielleicht etliche Mucker unter den Kollegen denken: Der Fritz ist so dämlich und rennt sich für andere die Köpfe ein! Das war ihm gleich. Ahlulch lagen die Dinge in der Fortbildungsschule.

In seinem Kopf mit den flachsblonden nordischen Haaren rumorte es von aufrührerischen Lüsten, und es war klar, daß schon den Halbwitkischen die Politik anzog und fesselte. Das Lebenselement des körperlich und geistig gleich kräftigen jungen Menschen war Kampf, und gab es da für ihn ein anderes Panier zu wählen als das rote Sowjetbanner des radikalen, unentwegten Klassenkampfes? Da kimmerte man sich um die Jugend, da warb man um sie, und da gab es vor allen Dingen kein Verhandeln und Kompromisseln. Er trat in die kommunistische Jugend ein, und bald betätigte er sich im Jugendheim als Redner, auf Wanderschaften als Agitator, der Unversöhnlichsten einer, wenn er auch immer in seinem Gefühl die bloße, blanke, Phrasenverdächtige und nach Begründungen suchte.

Aber es gab doch Begründungen genug! Die Arbeiterschaft ist die Klasse der Zukunft; wenn sie nur will, erlangt sie die Macht, um durch die proletarische Diktatur den Kapitalismus zu vernichten und den Sozialismus zu schaffen. Aber es bedurfte mutiger Taten und keiner Worte! Hin aus auf die Straße, heran mit der proletarischen Faust an die Vertreter des Klassenstaates! Was war schon das Machwerk der demokratischen Republik? Ein Lügengebilde, erdacht von Verrätern aus Sozialdemokratie und Gewerkschaft!

Wohl warnte ihn immer und immer wieder der Vater. Der war Sozialdemokrat und alter Gewerkschafter. „Was ihr da macht, das sind Phantastereien“, sagte er in seiner langsam norddeutschen Aussprache. „Ja, es ist mehr als das, es sind Verbrechen, Verbrechen an der Arbeiterschaft. August Bebel und Wilhelm Liebknecht haben niemals die Arbeiter auf die Straßen geholt und bewaffneten Kampf gegen die Staatsgewalt gepredigt. Arbeiterblut war ihnen heilig. Eure Führer jagen euch in die Gewehre und Gummiknüppel der Polizisten, denn der Staat muß sich wehren. Ihr legt auf dem Pflaster, die Führer sind hinten geblieben.“ Was der Alte schon redete! Er stammte eben aus einer anderen Zeit. Für die Jugend war Kampf die Lösung.

Mit neunzehn Jahren ging Fritz Feddersen nach Hamburg und arbeitete bei Blohm und Wof. Später wechselte er die Arbeit. Natürlich war er gewerkschaftlich organisiert. Die Gewerkschaften mußten revolutioniert werden! Fort mit der überholten Vorsicht, dem ewigen Verhandeln, der nüchternen Tagesarbeit um kleiner Vorteile, um der Arbeiterschaft willen! Was hieß schon groß der Kampf um Pfennige höheren Stundenlohnes, um Jugendschutz, um Ferienzeit, um 8- oder 7 1/2-Stunden-Tag? Das waren ja Kleinigkeiten. Für sie, für die Kommunisten ging es ums Ganze, um die große letzte Entscheidungsschlacht!

Nach Feierabend arbeitete Fritz Feddersen für seine Partei. Er fehlte nie, denn er glaubte fest daran, auf dem rechten Wege zu sein. Nur eins verbitterte und verzögerte ihn: Das Gezänk der Richtungen und die Gefährdungsschulfferei, ob denn nun jeder Genosse auch wirklich „Unterstützer“ sei oder ob diesem und jenem nicht etwa ein „3-Punkte“-Fehlchen fehle. Man stärkte sich an, man suchte sich gegenseitig zu verdrängen, man verdächtigte, man spionierte, man mißtraute einander. War das die Partei, vorwärtsführende proletarische Einheitsfront, der kein Gegner widerstehen konnte?

Kritische Tage standen bevor. Von der Berliner Zentrale lagelte es Aufrufe und Rundschreiben. Eine neue revolutionäre Welle, so hieß es, mache sich bemerkbar. Das revolutionäre Proletariat müsse auf dem Posten sein, Kampf sei die Lösung. Oppositionelle Minderheiten in etlichen Betriebsräten inszenierten wilde Streiks, Demonstrationen wurden angekündigt, Zusammenstöße lagen in der Luft. Der Polizei-

präsident warnte, die Gewerkschaften mahnten, aber die Partei erließ einen Aufruf, daß sich das Proletariat das Recht auf die Straße nicht nehmen lasse. Das Verbot der Umzüge war die Folge.

... Irgendwie aus dem Nichts heraus bildeten sich Züge. Fritz Feddersen marschierte mit. Man sang. Ein Lautstark mit Schupo rasselte heran. „Straße frei!“ Stodung, Steinwürfe, Gummiknüppel. Woher, weiß niemand, plötzlich fiel ein Schuß. Sekundenlanges Durcheinander, neue Schüsse.



Klatsch: neben Fritz Feddersen fiel jemand brüllend zu Boden, Blut und Hirn spritzte. Die Demonstranten kamen ins Laufen. Fritz Feddersen spürte einen dumpfen Schmerz in der rechten Schulter: Gummiknüppel. Am nächsten Tage meldeten die Zeitungen: Schwere Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizei. Ein Polizist und zwei Demonstranten tot, mehrere Verletzte.

Als Fritz Feddersen an diesem Abend in sein Logis hinten im Hof, drei Treppen, ging, war er innerlich zerschlagen und zermartert. Er wühlte sich im Bett herum und fand keinen Schlaf.

Der junge Arbeiter, der neben ihm gegangen war, mit dem er sich unterhalten, mit dem er gelungen hatte, war tot. Warum? Wofür? Für die Befreiung des Proletariats? Bewußt, das war das Ziel, aber was hätte es genützt, wenn sie die Schupos zurückgedrängt und niedergeschlagen hätten? Wäre durch ein siegreiches Getümmel zwischen hundert Arbeitern und fünfzig Polizisten der Kapitalismus beseitigt, der Sozialismus herbeigeführt worden? Wäre überhaupt nur ein kleiner Schritt vorwärts getan worden?ließ sich die neue Welt schaffen, indem man sich mit Polizisten herum-schlug und junge Arbeiter tot auf der Straße ließ? Hatte das überhaupt einen Zweck? Waren das nicht sinnlose Opfer? Erbitterung kroch in Fritz Feddersen hoch. Wo waren die Führer gewesen? Er hatte keinen gesehen. Pfui Teufel!

Er grübelte. Wie aber sollte es gemacht werden? Es mußte doch eine andere Welt kommen. Sollte das wirklich alles verkehrt, alles umsonst sein?

Mit wirrem Kopf schlief er ein. Im Traum sah er den toten Genossen mit blutigem Gesicht, mit verkrampftem Mund, mit starren aufgerissenen Augen am Straßenrand liegen.

Am nächsten Sonntag fuhr er nach Lübeck zu seinem Vater. Er hatte keine Ruhe, er mußte sich aussprechen.

Sie gingen zusammen ins Grüne. Der Alte hörte ruhig zu, wie ihm der Junge sein Herz ausschüttete, dann sagte er ebenso langsam und bedächtig, wie er immer sprach: „Das habe ich kommen sehen, mein Junge, denn du bist doch kein Dummstopp. Aber was nun?“



Sie kamen an eine Bank, und der Alte meinte: „Jetzt wollen wir uns hier mal ruhig hinsetzen, und dann hör zu. Ihr habt da was von dem Arbeiterparadies Sowjetrußland gehört; wie es da aussieht, wißt ihr aber nicht. Nun wollt ihr mit dem Kopf durch die Wand. Jugend will immer mit dem Kopf durch die Wand. Wir Alten wollen auch die neue Zeit des Sozialismus, für uns nicht mehr, aber für euch. Glaub

mir, unsere Vorkämpfer haben unter Diktand mehr durchmachen müssen als ihr jetzt, aber immer haben wir den Terror, die Gewalt abgelehnt. Wir haben uns still und langsam und in harter Arbeit unsere Organisationen aufgebaut, die Partei und die Gewerkschaften und die Genossenschaften, wir haben nicht gepufft, wir haben kein Arbeiterblut verschwendet, wir haben gebaut und gebaut und haben gewartet, bis die anderen einsehen mußten, daß sie um uns nicht mehr herum konnten. Ich bin alt und grau dabei geworden als einfacher Soldat der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft, aber ich bin stolz darauf. Das sind keine Arbeiterverräter, die ihr Leben lang für unsere Sache gearbeitet haben, aber das ist Arbeiterverrat, wenn man junge Proletarier auf die Straße hegt und durch sinnlose wilde Streiks um ihr Brot bringt. Wenn Arbeiterblut fließt, wenn gepufft wird, wenn die Staatsgewalt und das Strafgesetzbuch gegen Arbeiter in Kraft treten müssen, dann freut sich die Reaktion, dann blüht ihr Weizen. Uns, die Sozialdemokraten, die festgefügten Gewerkschaften, uns haßt sie, uns fürchtet sie. Wir Alten sind keine Dummköpfe, wir haben auch für unsere Überzeugung im Gefängnis gefessen, wir gehen auch auf die Straße, wenn es sein muß, wie beim Kapp-Putsch, aber eins haben wir gelernt für die Arbeiterschaft, und das müßt ihr Jungen auch lernen: Revolte ist Selbstmord, Disziplin ist Macht, Organisation ist Zukunft.“

Der alte Mann hatte sich warm geredet und wischte sich mit der Hand über die Stirn.

Sie standen auf.

Fritz Feddersen glaubte, in harte Zukunft zu sehen.

Was ist ein Metall?

Die Frage scheint harmlos klein; sie ist aber doch nicht leicht zu beantworten. Metalle sind einfache Stoffe (Elemente), die den elektrischen Strom leiten, ebenso die Wärme. Glänzende Oberfläche ist ebenfalls ein wichtiges Merkmal: ein frisch durchschnittenen Stück Natrium glänzt silberhell und überzieht sich dann allerdings mit einer grauen Oxidschicht, so daß man die schöne metallische Natur nur für Sekunden bewahren sieht. Abgesehen ist der metallische Glanz seinem Wesen nach nicht erklärbar, obgleich es sich um eine Erscheinung wieder so einfache Sache handelt. Die Reflexion des Lichtes an der Oberfläche des Metalls ist ein Vorgang, in dem sich schon die ganze Eigenart der metallischen Natur der Atome ausdrückt.

Um zu verstehen, was ein Metall ist, muß man einen Blick auf jene Stoffe werfen, die keine Metalle sind und die man oft „Metalloide“ nennt: es gibt etwa elf Metalloide, wie Fluor, Chlor, Schwefel, Phosphor, Sauerstoff, gegen etwa 78 verschiedene Metalle, wie Eisen, Kupfer, Gold, Silber, Platin usw. Ungefähr acht Stoffe nehmen eine Zwischenstellung ein, wie Bor und Silizium oder Tellur. Auch schon der Kohlenstoff, im allgemeinen als Metalloid angesehen, hat in seiner Graphitform metallische Eigenschaften, so leitet er den Strom, hat eine ziemlich glänzende Oberfläche. Die Metalloide bilden Säuren (Schwefelsäure, Phosphorsäure) und die Metalle bilden Laugen (Kalilauge). Zwitterige Stoffe, wie Blei, erscheinen physikalisch als Metall und chemisch als Nichtmetall (Bleisäure). Man ist versucht, zu glauben, daß der metallische Zustand der Materie sozusagen der normale ist, der metalloide aber als eine abnorme Variation auftritt — etwa die im Laufe der Zeit erfolgende langsame Umwandlung von einer metallischen Form in eine andere vorkommend. Merkwürdig ist, daß sich die Metalloide bei der bekannten periodischen Anordnung der Grundstoffe alle in eine (die rechte obere) Ecke drängen mit dem heftig giftigen und chemisch am stärksten wirksamen Fluor als Zentrum.

Die Schmelzpunkte der Metalle liegen über alle Temperaturen verstreut. Alle Metalle können flüssig und gasförmig sein, ja, der Wasserstoff ist uns für gewöhnlich nur als Gas bekannt, und sicher wird mancher überrascht sein, wenn er erfährt, daß auch dieses Gas ein — Metall ist. Es ist das leichteste Metall, Dichte = 0,07 bei 260 Grad unter Null im festen Zustand. Also hundertmal leichter als Eisen bei Zimmertemperatur. Osmium schmilzt bei 2500 und Tantal bei 2800 Grad, der Kohlenstoff aber erst bei über 4000 Grad. Rechnet man diesen nicht als Metall, so ist das Wolfram mit etwa 3250 Grad das am höchsten schmelzende Metall. Es wird in den Glühlampen verwendet.

Merkwürdige Eigenschaften der Metalle sind der in verschiedener Stärke und Art vorhandene Magnetismus und ferner die Abhängigkeit der elektrischen Leitfähigkeit von der Temperatur. Bei tiefen Temperaturen wird der Widerstand immer geringer, sie sind für den Strom sozusagen „durchsichtig“ wie Glas, sie sind also sehr dünne metallische Scheiben fürs Licht. Andere Metallwunder sind zum Beispiel die großen Einkristalle, die man für viele Stoffe, zum Beispiel Kupfer, herstellen konnte. Der kristalline Zustand ist vielleicht die Urform des Stoffes, ist ein einfaches Welt-system seiner Atome. Vielleicht entschleiert uns einst ein Metallkristall kosmologische Zusammenhänge, vielleicht auch daß das Leben selbst sich als eine Einkristallisierung, eine Auflösung starrer Gebundenheit erweist. In uns und um uns Metallwunder!

Bücher und Zeitschriften

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens. Das Internationale Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, dessen erste Lieferung vorliegt, ist eine neuartige Erscheinung auf dem Büchermarkt. Es gibt wohl verschiedenartige Handwörterbücher für einzelne Zweige der Wissenschaft oder des öffentlichen Lebens, von denen das Handwörterbuch der Staatswissenschaften als das bekannteste angesprochen werden kann. Daß nun auch daran gegangen wurde, ein Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens herauszugeben, kann als eine Anerkennung der Bedeutung gewertet werden, die die Gewerkschaftsbewegung erlangt hat. Das Bedürfnis für ein solches Wörterbuch, aus dem man sich schnell über die mannigfachen Einzelfragen der gewerkschaftlichen Theorie und Praxis unterrichten kann, liegt zweifellos vor, deshalb darf erwartet werden, daß dieses neue Werk, trotz seines verhältnismäßig hohen Preises, eine größere Verbreitung finden wird.

Professor Ludwig Heyde, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“, gibt das Werk in Gemeinschaft mit Joh. Sassenbach, Albert Thomas, Sidney Webb, Adam Stegerwald und Anton

Exkelenz heraus. Als Mitarbeiter wurde ein großer Kreis von Gewerkschaftern und Wissenschaftlern aus den verschiedensten Lagern gewonnen. Das Werk enthält in alphabetischer Anordnung eine große Zahl von Stichwörtern. Für die unter diesen Stichwörtern veröffentlichten Aufsätze trägt der Verfasser, der sie unterzeichnet hat, die Verantwortung. Das Ganze soll ein Buch sein, aus dem man, wie es in den Vorbemerkungen heißt, ein Bild von den Zusammenhängen zwischen den soziologischen und ökonomischen Problemen des Gewerkschaftswesens und den wichtigsten Erscheinungen der Politik, Wirtschaft und Kultur erlangen kann. Neben den deutschen Verhältnissen, die vornehmlich berücksichtigt sind, sind auch die wichtigsten Erscheinungen im Auslande behandelt.

Das Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens soll in 4 bis 5 Lieferungen erscheinen. Die vorliegende erste Lieferung behandelt auf 240 Seiten im Format von 30 mal 21 Zentimeter Stichwörter mit den Anfangsbuchstaben A und B. Wir finden u. a. Aufsätze über den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund von Paul Umbreit, über Arbeiterschutz und Arbeiterschuttpolitik von Bernhard Otte, über Arbeitgeberverbände von Roland Brauweiler und viele andere Gegenstände. Verhältnismäßig zahlreich sind Biographien von mehr oder weniger bekannten Personen vertreten. Der Verlag: Werk und Wirtschaft, Verlagsaktiengesellschaft, hat dem Buch eine gute Ausstattung gegeben. Insbesondere ist die typographische Ausstattung hochmodern. Man könnte sogar, hinsichtlich des Satzes, von Modetorheiten sprechen, die das Lesen erschweren. Den Generalvertrieb an die freigewerkschaftliche Arbeiterschaft hat die Verlagsgesellschaft des All-

gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6a, übernommen. Die Lieferung kostet 22,50 Mk.; sie wird bei Subskription des ganzen Wertes für 18 Mk. abgegeben.

Clemens Rörpel: Reichsarbeitsgerichts-Rechtsprechung zum arbeitsgerichtlichen Verfahren. 104 Seiten Text, mit Schreibpapier durchschossen. Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Inselstraße 6. Gebunden 3,50 Mk., kartoniert 2,75 Mk., Organisationspreis gebunden 2,50 Mk., kartoniert 2 Mk. — Die Schrift ist für die Gewerkschaftsfunktionäre bestimmt, die Vertretungen vor der Arbeitsgerichtsbarkeit übernehmen. Es handelt sich hier nicht um Erläuterungen des materiellen Arbeitsrechts, sondern um die Vorschriften über das Verfahren. Der Prozeßvertreter muß wissen, wie die Prozeßvertretung zu handhaben ist, wie man Verichtigungen der Urteile durchsetzen kann, welche Fristen man einzuhalten hat usw. Über alle diese Zweifelsfragen liegen Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts vor, deren Kenntnis notwendig ist, will man unangenehme Erfahrungen vermeiden. Recht nützlich ist die Einschaltung je einer textfreien Seite, die für Notizen und Nachtragungen verwendet werden kann.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. Schriftleitung: Lothar Erdmann. Heft 6, 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Organisationsmitglieder 2,85 Mk.




Die moderne Carmen
heißt in unseren Cigarettenfabriken
OVA-MÄDCHEN
denn ihre Cigarette ist die
REEMTSMA CIGARETTE
OVA
im **Anerkanntem Format** **5 Pf.**

A. Weinsheimer
Die Intarfia
Ihre technische und künstlerische Gehaltung und Anwendung
76 Abbildungen u. 125 Zeichnungen, 2 farbige Tafeln
Preis 4,- RM.
Druckverlagsges. 2,60 RM.
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verb. GmbH., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2

Intarsien aller Art
Katalog gegen 50 Pf. in Reichsmark.
E. Hüller, Heidelberg, Theaterstrasse 7.

Billige böhm. Bettfedern
aus reiner gänzlichster Sorte. Ein Kilo graue geschlossene 3 Mk., halbwärig 4 Mk., weiße 5 Mk.
Fessere 6 Mk., 7 Mk., dannerweich 8 Mk., 10 Mk., beste Sorte 12 Mk., 14 Mk., weiße ungeschlossene 7,50 Mk., 9,50 Mk., beste Sorte 11 Mk. Versand portofrei, zahlbar gegen Nachnahme. Muster frei. Umansch und Rücknahme gestattet. **Beckwith Sackel**, Lobes Nr. 782 bei Pilsen, Böhmen.

Tischlerfachschule Blankenburg (Harz)
Staatskommissar: Prof. Dr.-Ing. Klopfer. Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Innenarchitekten, Meisterkurse, Maschinenpraktikum für Serienfertigung. Priv. Leitung: Dir. Ludw. Reineking.

Original-süddeutsche Hobelbänke 82 Mark
2 m hintere Blattlänge, Stahlspindel.
Werkzeug-Neuheiten.
Preisliste gratis und franko.
Otto Bergmann, Berlin-Lichterfelde-West.

Betten
aus dichten Bett-Inlett
Oberbett mit 7 Pfd. 15,85-19,70-23,75
Unterbett mit 6 Pfd. 14,90-18,20-22,50
1 Kissen m 27 Pfd. 4,50-5,90-6,90
Vollständiges Bett 35,- 43,- 53,-
Bettfedern 1,25 1,90 2,40
Halbdauern 3,- 4,50 5,50
Dauern 8,50 10,50 12,50
Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Danksehr. Nachnahmeversand. **Bettenfabrik H. Müller**, Kessel 23, Mönchebergstrasse 8 1/2

Raspler
Nur wirklich guter Fassonmacher von größerer Stodfabrik nach Mitteldeutschland gesucht. Nur erste Kräfte, die auf Birke gearbeitet haben, wollen sich melden unter 102 an die Exp. dieser Zeitung.

Josef Witt, Weiden (Oberpfalz)
Ältestes und größtes Spezial-Versandhaus der Art Deutschlands
mit eigener Spinnerei von 32500 Spindeln mit eigener Weberei von 640 Webstühlen
gibt kurze Zeit ab:
Preis pro Meter. Breite Mk. Pf.
55 **Gardinen**, sog. Vorhangstoff, aus prima feinen Streifen, Garnen mit indanthren-goldfarbig. 70 cm **0.24**
56 **Weißes Hemdentuch**, leichte Sorte mit Schnittkante 70 cm **0.25**
57 **Weißes Hemdentuch**, für gute haltbare Wäschestücke 80 cm **0.45**
58 **Weißes Hemdentuch**, mittelstarkfädig, dichtgeschlossene, vorzügliche Qualität für besor:lers solide, gute Wäschestücke 80 cm **0.65**
59 **Weißes Macrotuch**, sehr feinfädig, dicht geschlossen, aus garantiert rein ägyptischer Baumwolle, für besonders feine bessere Hemden und Wäschestücke 80 cm **0.72**
60 **Baumwolltuch**, ungebleicht, sehr strapazierbar, fast unverwundlich im Gebrauch 78 cm **0.49**
61 **Hemdentafel**, indanthrenfarbig gestreift, gute besonders reißfeste Sorte 72 cm **0.38**

Extraktreiche Liköressenzen
zum Selbstbereiten von Likören. 1 Dtz. für 12 Lit. ausreicht: 4,20 Mk. Laborat. E. Walther, Halle-Trotha 84

Hobelbänke 70RM
2 m lg., kompl., Stahlsp., la Qualität, Blatt beste ged. Rotb. Preisl. gratis. **Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekaserne**

Sprechmaschinen-Laufwerke
komplett, fertig zum Einbauen, mit allem Zubehör von 26 Mk. an. Tonführungen aus Holz und Metall sowie **Hausuhren und Hausuhrwerke** nach Katalog von **Robert Husberg, Neuenrade Nr. 10**

Qualitäts-Werkzeuge liefern seit **1887**
Junge & Fröhlich Leipzig, **Cl. Ebersstr. 10**
Preisliste postfrei auf Anfrage

Gelegenheitskauf!
92 **Hemdentafel**, außerordentlich haltbare, Qualität, fast unverwundlich im Gebrauch 78 cm **0.64**
93 **Handtücher**, dicht geschlossene kräftige Strapazierqualität 40 cm **0.45**
94 **Hemdenzephir**, auch f. Blusen geeignet, gute Sorte, schöne Muster 70 cm **0.48**
95 **Wischtücher**, gute Sorte, strapazierbar, 45 mal 45 cm. per 1/2 Dutzend **0.98**
96 **Damentaschentücher**, weiß, gute solide Sorte 30 mal 30 cm. per 1/2 Dutzend **0.88**
Bis auf weiteres erhalten 10% Rabatt. An Stelle des Sie auf diese Preise noch 10% Rabattes auf Wunsch kostenlos eine schöne, gutgehende Wanduhr oder Standuhr oder 7 Meter haltbare zurückgesetzte Stoffe.
Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von Mk. 10.— an. Portofreie Lieferung von Mk. 20.— an.
Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten. Zurückzahlung des vollen ausgelegten Betrages, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht entsprechen sollte. Zurückzahlung des vollen Betrages auch dann, wenn Sie nicht die volle, einwandfreie Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten bedeutend billiger als andererseits sind.
Josef Witt, Weiden 302 Oberpl.